

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im Voraus zahlbar. Postbezug 3.97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Briefporto 4.65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Sonntagsausgabe „Volk und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Dienstag
19. Januar 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Millimeterzeile 30 Pf., zweiseitige 2.— M., „Kleine Anzeigen“ das fertige Druckstück 20 Pf., fünfseitig zwei fertige Druckstücke, jedes weitere Wort 10 Pf., Rabatt lt. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf., Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf., Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8 1/2 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Lt. B. u. Dab.-Gef., Depostkont., Jerusalemstr. 65-66.

Brüning antwortet.

Er will Hitlers Denkschrift einer Antwort würdigen.

Wolffbüro teilt mit: Die von Herrn Adolf Hitler veröffentlichte „Denkschrift“ ist dem Herrn Reichskanzler überreicht worden. Die Reichsregierung wird nicht verfehlen, die darauf zu erteilende Antwort ebenfalls der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Die Krise der Führerschaft.

Das Blatt der Stennes, Otto Stroher und Ehrhardt nennt den Ausgang der Aktion für Verlängerung der Amtsperiode Hindenburgs „die schwerste Niederlage der „nationalen Opposition“ mit den Dames-Gesellen“.

Hugenberg wird folgendermaßen charakterisiert:

In dem Brief Hugenbergs an den Kanzler spiegelt sich die naive Auffassung eines Mannes, der unter Opposition ganz einfach die mechanische Tätigkeit versteht, seinem Gegenspieler das Konzept zu verzerren. Wäre Brünings Plan gelungen, so wäre das für den Kanzler ein Erfolg gewesen, ein Erfolg, der dem ganzen Volk zugute gekommen wäre. Da aber Hugenberg Brünings parteipolitischer Gegner ist, geht sein Bestreben in primitivster Art dahin, jeden Erfolg dieses Gegners nach Kräften zu verhindern. Erwägungen über die Nation schelden hierbei aus. So wird aus der Opposition des Geheimrats, der man sich dessen versieht, eine Opposition gegen das Volk.

Ueber die Rolle, die Hitler bei den Verhandlungen gespielt hat, äußert sich das Blatt:

Hitlers Verlagen ist mehr tragischer Art. Er selbst hat gewollt, aber er besaß nicht die Kraft, sich gegen seine Hauptgegner und Unterführer durchzusetzen. Er hätte, schnell entschlossen, eine legensreiche Entscheidung treffen und Hugenberg vor vollzogene Tatsachen stellen können. Aber im „Kaiserhof“ tobte ein heftiger Kampf, und in diesem Kampf ging die hitlerische Führerschaft zugrunde. Was sich bei den heftigen Vorgängen schon zeigte, der Mangel an Autorität, führte hier zu verhängnisvollstem Verlagen in geschichtlicher Stunde. Hitler beugte sich dem Willen der politisch kurzfristigen, aber robusten Strahler, Fried und Stöhr. Gegen seine eigene Ueberzeugung ließ er sich dieses Hugenbergsche „Rein“ abzwängen. Nach dieser Niederlage aber scheint jede Leitung in der Partei verlorengegangen zu sein. Auch die Möglichkeit, durch eine einheitliche Neuwahl Hindenburgs unter Verzicht auf Gegenkandidaten die vom Kanzler angestrebte Volkstfront herzustellen, suchen die Rebellen um Hitler von sich aus zu hintertreiben. Die Reden Frieds in dieser Frage sind sicher nicht im Sinne Hitlers, aber sie schaffen einseitige Festlegungen, denen Hitler scheinbar nicht mehr zu widersprechen wagt. So ist in der NSDAP die politische Entscheidung einer Anzahl von Männern anvertraut, von denen jeder auf eigene Faust und Verantwortung drauflos handelt. Dieser Zustand muß zur inneren Auflösung führen, und diese Auflösung ist verdient, denn wo die Verantwortung fehlt, erlischt der Führeranspruch. Die

Harzburger Verneiner glauben noch, einen Sieg erringen zu haben, weil sie Brüning einen Plan verdarben. Sie waren noch nie so klein und nie dem Kanzler so unterlegen, wie jetzt, wo sie das Wohl der Nation über ihren Parteinteressen vergaßen.

Demnach wäre die langatmige Denkschrift Hitlers an die Reichsregierung nichts anderes als seine Kapitulationsurkunde vor Hugenberg und seinen eigenen Unterführern!

Der Sinn des Dritten Reiches.

Nationalsozialist Wagener über die SA.

Erst jetzt wird der Wortlaut einer Rede des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Wagener (Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der Reichsleitung) bekannt, die er am 7. November auf dem Gaudium der NSDAP in Düsseldorf hielt. Aus den reichlich verwirrten Aeußerungen sind zwei Stellen besonders bemerkenswert. In einer Darstellung der Aufgaben der Nationalsozialisten erklärte Wagener wörtlich:

„Die Entscheidung zwischen rechts und links, zwischen national und international muß herbeigeführt werden, bevor der Aufbruch von links entsteht. Wir Nationalsozialisten haben uns eine Truppe geschaffen, SA und SS, deren alleinige Aufgaben dieser notwendige Kampf gegen links ist, deren wir sicher sind, weil sie gegen die feindlichen Bakterien immun ist, was man von der Polizei noch weniger als von der Reichswehr behaupten kann.“

Dieses Bekenntnis einer schönen Seele zerstört nochmals nachträglich den Legallitätschwindel der Leute um Best, die ihre terroristischen Angriffsabsichten mit Bürgerkriegsmaßnahmen der „Kommu“ zu tarnen suchen. So deutlich wie hier hat sich noch keiner der Führer der NSDAP über die Aufgaben der Terrortruppen ausgesprochen, so deutlich noch niemand das wahre Gesicht der SA enthüllt.

Nicht minder deutlich spricht Wagener in dem wirtschaftspolitischen Teil seiner Ausführungen über die Frage des Tarifsystems. Er erklärte:

„Wir wünschen in Zukunft die unterste Festsetzung eines Lohnes als unabdingbar, der dem Existenzminimum entsprechen müßte, darüber hinaus soll aber keine Bindung bestehen, so daß für den Leistungslohn Raum geschaffen wird.“

Alles andere soll aber im Betrieb verhandelbar werden, künftig werden die Betriebsräte mit dem Unternehmer beraten. Entschieden muß natürlich stets der Unternehmer.“

Auch hier wird mit erfreulicher Deutlichkeit die Feststellung getroffen, daß in dem Fünfständestaat der Nazis, in dem der „Klassenkampfgedanke ausgerottet werden muß“, natürlich stets der Unternehmer zu entscheiden hat. Deutlicher konnte er in wenigen Worten das wahre Gesicht der NSDAP nicht enthüllen.

Heute Laval-Erklärung.

Die Außenpolitik im Vordergrund.

Paris, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Die Regierungserklärung Laval's, die am Dienstag in der Kammer abgegeben wird, dürfte sich fast ausschließlich mit der außenpolitischen Lage Frankreichs beschäftigen.

Vorläufig sind in der Kammer zu der Erklärung 12 Interpellationen angemeldet. Sie gehen von einem Kommunisten, zwei Sozialisten (Léon Blum und Frossard), vier Radikalen, einem sozialistischen Republikaner, je einem Mitglied der Unabhängigen Linken und der Radikalen Linken und zwei Vertretern der Rechtsparteien aus. Die Debatte dürfte daher am Dienstag noch nicht beendet werden.

Die französische Kammer tritt heute in einer Atmosphäre der Nervosität zusammen, wie man sie schon seit vielen Jahren in Frankreich nicht beobachten konnte. Anlaß zu dieser Erregung bildete die bekannte Erklärung Dr. Brünings, besonders in der ursprünglichen, nicht authentischen und brutalen Fassung des bekannten Reuters-Telegramms, die durch das nachträgliche WTB-Interview des Reichskanzlers wesentlich abgeschwächt wurde. Aber trotz dieser Richtigstellung hält die Erregung an, weil innerpolitische Gesichtspunkte — übrigens genau wie bei uns — in die außenpolitischen Debatten hinein spielen: Frankreich steht vor baldigen Neuwahlen und die Regierung fürchtet sich vor dem Vorwurf der Nationalisten, daß sie die Interessen ihres Landes nicht energig genug wahren.

Wir sind nach wie vor der Ueberzeugung, daß Brünings neueste Erklärungen nichts enthielten, was er nicht schon unmittelbar nach Veröffentlichung des Baseler Berichts, und gemäß auf diesen, in mindestens ebenso prägnanter Form zum

Ausdruck gebracht hatte, ohne daß sich damals in Frankreich ein Sturm der Entrüstung bemerkbar machte. Wenn die amtlichen französischen Stellen dies sofort in aller Ruhe festgestellt und wahrheitsgemäß hinzugefügt hätten, daß Dr. Brüning über den deutschen Standpunkt für Lausanne den französischen Botschafter schon vor seiner Unterredung mit dem englischen Vertreter loyal unterrichtet hatte, dann wäre wohl der große Eklat vermieden worden. Aber vielleicht lag diesen amtlichen Stellen eben aus innerpolitischen Gründen gar nicht so viel daran, diese Sturzwehle der nationalen Erregung einzudämmen.

Von dem Verlauf der heutigen Pariser Debatte hängt manches für die weitere Entwicklung der außenpolitischen Probleme ab. Sowohl der Ministerpräsident wie das gesamte Parlament dürften sich bewußt sein, daß nichts leichter ist in der heutigen Situation, als durch scharfe Reden die internationalen Gegensätze in einer Weise zu vertiefen, die sich auf die politischen Beziehungen zwischen den Völkern und auf ihre wirtschaftliche Lage verhängnisvoll auswirken müßten. Von den berufsmäßigen nationalistischen Scharfmachern, die es in der französischen Kammer ebenso gibt wie im Deutschen Reichstag, darf man Selbstbeherrschung und Verantwortungsgesühl natürlich nicht erwarten. Wohl aber ist es angebracht, in dieser kritischen Stunde der Erwartung Ausdruck zu geben, daß die Staatsmänner und alle diejenigen, denen es mit der friedlichen Lösung der gegenwärtigen Probleme Ernst ist, vermeidbare Scharfen unterlassen und die notwendigen Lösungen, die auf den bevorstehenden internationalen Zusammenkünften zumindest vorbereitet werden müssen, nicht erschweren.

National-sympathische Justiz.

Auf dem Wege zum Dritten Reich.

Ein Berliner Berichtsvorsitzender hat es sich unlängst gefallen lassen müssen, daß ihm einer der Hauptschreiber unter den Nazianwälten, Herr Frank II, den Dank für „national-sympathische“ Ausführungen aussprach. Wir wollen hoffen, daß er dieses zweifelhafte Lob ebensowenig verdient hat, wie die arme deutsche Sprache es verdient, von nationalen und „national-sympathischen“ Mannen täglich in durchaus „deutschaträglicher“ Weise vergewaltigt zu werden.

Aber mag das Wort des Nazi-Rechtsanwalts auf jenen Richter speziell nicht zutreffen, — auf einen Teil unserer Justiz paßt es in der bedenklichsten Weise: dieser Teil schwenkt „national-sympathisch“ ein, zu deutsch: er richtet sich bereits in auffälligster Weise nach den Wünschen und Ansprüchen der Nationalsozialisten.

Eine Zeilang hat es so ausgesehen, als wollten die Gerichte dafür sorgen, daß dem Staat und der geltenden Verfassung der nötige Schutz gegen freche und gemeine Anpöbeleien zuteil werde. Damals, vor zwei, drei Jahren, verheißerten Optimisten, daß die „Vertrauenkrise“ der Justiz, von der ein preussischer Justizminister gesprochen hatte, nunmehr überwunden sein. Es war zu schön, um wahr zu sein. Es läßt sich fast mit statistischer Genauigkeit erweisen, wie genau parallel mit dem Ansteigen der Wahlziffern für die Nazis der Eifer der Gerichte für den Schutz der Republik erlahmt ist.

Da nun vom Reichsgericht die Rede ist, so mühten wir eigentlich streng logisch gemäß seiner Judikatur nicht „Fahne“, sondern „Lappen“ sagen. Denn in seiner allumfassenden Weisheit hat das Reichsgericht festgestellt, daß das Wort „Lappen“ im Munde eines Rechtsradikalen keine Beschimpfung der Reichsflagge ist, da hiermit ja nur „Stoß und Luch“ rein materiell gemeint gewesen seien.“ (Ein siebenjähriger Junge, der Erwachsene über dieses Urteil sprechen hörte, fragte allerdings ganz verstimmt, wieso man denn mit „Lappen“ auch den Stock meinen könne... Aber was versteht solch ein Kind von Jurisprudenz!)

Solche Reichsgerichtsurteile sind die selbstverständlichen Folgen einer jahrelangen Vernachlässigung jeder personalpolitischen Aufsicht durch das Reichsjustizministerium. Vor ein paar Wochen hat der „Vorwärts“ darauf hingewiesen, daß man unter den Berliner Richtern als jüngsten Nachwuchs für Leipzig niemand anders hat finden können als den Berliner Landgerichtsdirektor Erich Schulze, der so ungefähr ein Pendant zu dem Magdeburger „Fürst“ seligen Andenkens, dem Landgerichtsdirektor Hoffmann, darstellt. Wir nehmen noch immer nicht an, daß Herr Reichsjustizminister Joel sich bereits über die „Erfolge“ seiner als Minister und Staatssekretär betriebenen Personalpolitik zu wundern beginnt.

Eine vierte Reichsnotverordnung hat uns eine angebliche Schnelljustiz gegen politische Gewaltverbrecher und Verleumder gebracht. In Berlin äußert sie ihre Wirkungen zunächst in der Langsam-Justiz des Herrn Landgerichtsdirektors Ohnesorge.

Leider kann man nicht umhin, in diesem Zusammenhang auch vom Reichsgericht und seinem Verhältnis zur schwarzrotgoldenen Fahne zu sprechen.

Als der Kurfürstendamm-Prozess in der Berufungsinstanz einsetzte, wurde an dieser Stelle die Persönlichkeit des Vorsitzenden gewürdigt. Niemand kann behaupten, daß diese Würdigung heyerisch oder verliehend war. Wir schrieben:

„Herr Ohnesorge gilt als vorzüglicher Jurist, aber auch als „Federchenmacher“, der aus den Bedenklichkeiten nicht herauskommt... Die unbestrittene Sorgfältigkeit des Herrn Ohnesorge in allen Ehren... zum Vorsitzenden in einem politischen Prozeß dieser Art hätte sich besser ein Mann geeignet, der das Wesentliche und Hauptfällige eines Falls von Anfang an klar ins Auge faßt.“

Die Entwicklung des Prozesses hat unsere Befürchtungen bei weitem übertroffen. Genau einen Monat währt er, und mindestens ein Vierteljahr soll er dauern. Im Zeichen der Schnelljustiz! Aber das wäre erträglich, wenn wenigstens unsere lobende Erwähnung, daß Herr Ohnesorge ein „vorzüglicher Jurist“ sei, aufrechterhalten werden könnte. Nach seinen letzten Leistungen müssen wir dies zurücknehmen. Die Richtvereidigung zweier Hauptbelastungszeugen, der Brüder Deterding, weicht dermaßen stark vom Pfad gesunden juristischen Denkens ab, daß noch nicht einmal ein „durchschnittlicher“ Jurist darauf hätte verfallen dürfen. Man bedenke folgende Konstruktion: Inmitten eines

Landsfriedensbrüchere entdeden unbeteiligte Passanten den Hauptträdelführer im Sinne des Strafgesetzbuches. Sie sehen, daß kein Polizeibeamter sich um ihn kümmert, sie gehen ihm nach, bis Polizei zu erreichen ist und veranlassen dann seine Feststellung. Genau so hat sich der Fall Deterding-Helldorf, nur nicht zu Fuß, sondern per Auto, zugezogen. Nach Dhneseorgescher Logik macht man sich durch solches Verhalten der „Mittäterchaft“ am Landsfriedensbruch verdächtig, obwohl doch klar ist, daß diese Zeugen den Landsfriedensbruch nicht unterstützen, sondern bekämpfen wollten.

Wir bereiten uns innerlich auf folgendes vor: Auch die Schupobeamten, die den Krawall auseinandergetrieben haben, werden von Herrn Dhneseorge als vermeintliche Mittäter nicht vereidigt werden — sie haben sich ja auch in dem Krawall hineinbegeben müssen, und folglich am Landsfriedensbruch teilgenommen. Bekommt Herr Dhneseorge nicht am Ende Sorge, daß er selber auch noch dadurch, daß er sich täglich mit vierzig Landsfriedensbrechern zusammen in einem Raume trifft, in den Verdacht der Mittäterchaft gelangen wird?!

Wir wundern uns nicht, wenn solche Justiz auf die Nazianwälte „nationalistisch“ wirkt. Auf die republikanische Bevölkerung wirkt diese Justiz mehr als unsympathisch. Wir möchten uns dabei von jeder unzulässigen Verallgemeinerung fernhalten. Wir wissen, daß es Richter und Staatsanwälte gibt, die in voller Pflichterfüllung dem Naziterror entgegenarbeiten: die vielen Kleinen Schimpf-Anfragen des Landtagsabgeordneten K u b e gegen Richter und Staatsanwälte zeugen dafür. Aber wenn das Justizministerium Entgeisungen, wie wir sie in letzter Zeit vielfach melden mußten, latentlos zuseht, dann wird sich die Vertrauenskrise bis zur Katastrophe weiter entwickeln. In Halle wurde jüngst ein Nazistudent freigesprochen, der die Reichsverfassung dem Versailler Vertrag gleichstellt und erklärt hatte, „beide liefern das deutsche Volk dem Volksfeind aus“. Von solcher Justiz läßt sich leider nur sagen, daß sie die deutsche Republik ihren Feinden ausliefert. Das muß mit allen Mitteln bekämpft werden.

Galavorstellung mit Adolf.

„Volks“-Versammlung mit 2 Mark Eintrittspreis.

Großer Tag für den Berliner Westen. Die Nazis, die sich für das einmalige Auftreten ihrer Primadonna einen Eintrittspreis von 2 Mark zahlen lassen, haben das erfolgreichste reaktionäre Publikum Berlins. Es wimmelt nur so von Herren mit Dickbauch und Stiernaden, das Gesicht mit Monatel und Schmissen verzerrt. Aber auch die Damenwelt ist außerordentlich stark vertreten. Abendkleid und Vorknaben scheinen vorgezeichnet zu sein. Demgegenüber nimmt die stadtmännliche Jugend einen verschwindend kleinen Teil ein. Einen Arbeiter oder eine Arbeiterfrau hätte man selbst mit der Lupe nicht gefunden. Aber welcher Arbeiter hätte auch zwei blante Markstücke für die Phrasendrescherei des Herrn Hitler übrig. Schon lange vor Beginn herrscht in der Halle größte Aufregung. Als an dem einen Ende der Halle Bewegung entsteht, springt alles auf, die Arme fliegen in die Luft, die Vorknaben fliegen in die Höhe, Heulrufe ertönen, ein junger Mann im schwarzen Hemd springt an das Mikrophon und brüllt „Achtung!“. Doch langsam gehen die Arme hier und dort wieder runter, und es stellt sich heraus, daß man sich zu früh begeistert hat. Aber schließlich ist auch der große Augenblick da, der große Adolf erscheint, mit seinem Gefolge schreitet er grandios durch die Halle, er wartet, länger als notwendig ist, ehe er mit seiner Rede beginnt, währenddem glänzt die überreich angewandte Pomade seiner Haarfrisur im Lichte der Scheinwerfer. Jede Geste, jede wohlfestudierte Pose — und er spart nicht mit ihnen — verrät Eitelkeit. Er hebt es nicht nur, sehr „mit den Händen“ zu reden, sondern auch neckisch mit den Fingern zu knipsen, wie es die Jungen in der Schule zu tun pflegen.

Die Rede, die Herr Hitler vom Stapel läßt, hätte er ebensogut schon vor drei Jahren halten können. Er spricht über zwei Stunden, findet aber nicht Zeit, auch nur einen Satz über die Haltung seiner Partei zu den brennendsten politischen Tagesproblemen zu sagen. Er kann es sich erlauben, seinen Zuhörern Deutschlands schwere politische Lage damit zu erklären, daß die eine Hälfte des Volkes das Vaterland retten müsse, während die andere Hälfte wünsche, daß Deutschland sterbe. Und diese sowie andere Dummheiten werden von einem kritiklosen, jervollen Publikum mit tosenden Beifallstürmen quittiert. Seine Rede gipfelt in der Selbstverherrlichung des nationalsozialistischen Führertums, nachdem er erklärt hat: „Die Weimarer Verfassung, deren legalste Vertreter wir heute sind, schreibt das Gesetz der Demokratie vor. Das heißt, die Masse, die Mehrheit ist entscheidend. Als Nationalsozialist halte ich diese Formel als eine der verderblichsten der Menschheit. Jedes Volk und jeder Staat muß zugrunde gehen, der sich dieser Theorie verschreibt.“

Man sieht, es ist dieselbe These, die Schiller im „Demetrius“ einen Sprecher der polnischen Schlachta vertreten läßt. Auch uns scheint sie mehr polnisch als deutsch.

Nichts ohne Adolfs Willen!

Das wandernde Waffenarsenal.

Hanau, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Am benachbarten Arbeiterwohnort Rüdigen hielten die Nationalsozialisten eine öffentliche Versammlung ab, zu der ein größerer Trupp Hanauer SA-Leute als Saalschutz bestellt war. Auf der Straße zwischen Hanau und Rüdigen sah die Polizei die Umarmenden ab und nahm eine Durchsichtung nach Waffen vor. Diese hatte das Ergebnis, daß folgende „geistigen“ Waffen gefunden wurden: 5 Scheintodpistolen, drei Schlagringe, ein Dnsenzimmer, ein Gummischlauch mit Eisenbehang, ein Gummischlauch, an dessen Ende ein Messer und am anderen Ende ein schweres Eisenstück befestigt war, ein Schulterriemen, an dem sich ein großer Hausschlüssel befand, eine Anzahl großer Schraubenschlüssel sowie eine Menge Koppel mit schweren Karabinerhaken. Die „rauen Kämpfer“ wurden zur Polizeiwache gebracht und dort ihre Personalien festgestellt.

Sie kuscheln!

Die Bürger unter der Krone der Nazi.

Braunschweig, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Am Montag gab der volksparteiliche Abgeordnete Marquardt im Hauptauschuß des Braunschweigischen Landtags eine Erklärung ab, in der er auf Grund der wiederholten ehren-

Butterzoll wird erhöht!

Trotz sozialdemokratischer Warnung. — Erregung in Holland und Dänemark.

Ämtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigt sich am Montagnachmittag mit dem Schutze der bäuerlichen Veredelungswirtschaft. Die Beratungen sind zum Abschluß gelangt. Die entsprechenden Entscheidungen werden alsbald veröffentlicht werden.

Wie wir dazu erfahren, hat das Reichskabinett die Erhöhung des Butterzolls beschlossen. Das Ausmaß der Erhöhung wird durch Rechtsverordnung, deren Veröffentlichung am Mittwoch erfolgen dürfte, verfügt.

Die Warnung der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beim Reichskanzler Dr. Brüning Vorstellungen gegen die beabsichtigte Erhöhung des Butterzolls erhoben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Reichskanzler insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß die Butterzollerhöhung keine wirksame Hilfe für die bäuerliche Veredelungswirtschaft bringen könne. Der Rückgang des Butterpreises sei im wesentlichen durch die rasch sinkende Kaufrast der städtischen Bevölkerung hervorgerufen worden. Eine Preiserhöhung würde also nur eine vermehrte Abwanderung zum Margarinekonsum bedeuten. Außerdem aber würde die Verteuerung eines so wichtigen Nahrungsmittels im stärksten Widerspruch zu der Preislenkungsaktion der Reichsregierung, insbesondere zu dem durch einen persönlichen Brief des Reichskanzlers vom 12. Dezember erhobenen Versprechen stehen, daß die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehe, darauf zu achten, daß der jetzige Stand der Löhne und Gehälter nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stand der Preise aufrecht erhalten werden kann. Auch bedrohe die Erhöhung des Butterzolls den deutschen Export. Eine große Reihe

wichtigster Abnehmer der deutschen Industrieprodukte werde in der jetzigen Situation auf Gegenmaßnahmen nicht verzichten, die neue Arbeitslosigkeit infolge Einschränkung des deutschen Exports bewirken würden.

Neue Boykottbewegung in Holland.

Große Aufregung in Dänemark

Die Nachrichten über die geplante Erhöhung der Butterzölle in Deutschland haben in Holland sofort zur Wiedereinberufung des Komitees zum Schutze der holländischen landwirtschaftlichen Interessen geführt. Man will sich mit den holländischen Importeuren deutscher Waren in Verbindung setzen, um Abwehrmaßnahmen zu beraten. Die mit Mühe vor Jahresfrist gedämpfte Boykottbewegung ist also wieder im Gange.

In Dänemark sind alle Blätter mit Erörterungen über den deutschen Butterzoll angefüllt. Unverhört wird von allen Seiten auf die Notwendigkeit des Boykotts deutscher Waren hingewiesen.

Die Gefahr für den Brotpreis.

Neue Verhandlungen mit dem Preiskommissar.

Im Hinblick auf die weiter steigende Tendenz der Brotpreise sind die Vertreter des Bäckergewerbes sowohl am Sonntagabend wie am gestrigen Montag abermals beim Preiskommissar Dr. Goetdeler vorstellig geworden, der ihnen die Zusage gab, sich wegen des Mehlpriestumms mit den Mühlenbesitzern und den sonstigen Interessenten in Verbindung zu setzen. Die Bäcker lassen im übrigen keinen Zweifel daran, daß vielleicht schon für die nächste Woche der jetzige Brotpreis nicht mehr zu halten wäre, wenn nicht unverzüglich dem Steigen der Mehlpriest einhalt geboten würde.

Eisenbahner in Eiserner Front.

Glänzende Kundgebungen in Sachsen.

Dresden, 18. Januar. (Eigenbericht.)

In einer von über 1500 Eisenbahnern besuchten Versammlung im Kristallpalast in Dresden sprach der Verbandsbevollmächtigte Klaus-Hamburg zu dem Thema: „Die Eisenbahner in der Eisernen Front für Freiheit und Recht.“ Die Störungsversuche der NSDAP-Anhänger wurden von der überfüllten Versammlung entschieden zurückgewiesen. Nach den bei der Bezirksleitung Dresden des Einheitsverbandes eingegangenen Berichten sind die im ganzen Lande abgehaltenen 35 Kundgebungen der sächsischen Eisenbahner für die Eiserner Front überall glänzend verlaufen und sehr stark besucht gewesen. Die Reichsbahn-Hauptverwaltung hat durch ihr Verbot der Versammlungsplatzierung mit der Tagesordnung „Eiserner Front“ auch den letzten Eisenbahner mobil gemacht.

Die Partei im Kampf.

Kommunisten versuchen vergeblich unsere Versammlungen zu stören.

Bad Ems, 18. Januar. (Eigenbericht.)

In drei überfüllten sozialdemokratischen Versammlungen im Lahngebiet sprach am Sonntag Reichstagsabgeordneter Sollmann. In Bad Ems versuchten Kommunisten, die Versammlung und das Schlusswort Sollmanns durch Zwischenrufe zu stören. Der kommunistische Diskussionsredner folgt aus Koblenz machte sogar den Versuch eines tätlichen Angriffs auf Sollmann. Durch die Besonnenheit der sozialdemokratischen Arbeiter wurde jedoch ein Zusammenstoß vermieden.

Verbot roter Plakate aufgehoben.

Wie der Ämtliche Preussische Pressedienst der Antwort des preussischen Ministers des Innern auf eine Kleine Anfrage, die sich mit einem Einzelfall des Verbotes roter Plakate befahte, entnimmt, war das Verbot roter Plakate infolge einer die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdenden Verwendung der roten Farbe für Plakate, insbesondere politischen Inhalts, erforderlich geworden.

rührigen Angriffe der Nationalsozialisten gegen seine Tätigkeit im Ausschuß die Niederlegung der Vertretung der bürgerlichen Einheitsliste bei der Unternehmung über die Staatsbankangelegenheiten mittelste. Obwohl der Abgeordnete Marquardt in streng objektiver Weise seinen Aufgaben nachgekommen sei, ließ ihn die bürgerliche Fraktion dennoch aus Angst vor den Nazis und deren Drohung mit Neuwahlen fallen.

Nazikomödie in Darmstadt.

Sie mißbrauchen wieder einmal Parlamentsrechte.

Darmstadt, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Am Sonntagnachmittag kam es vor dem heftigen Landtagsgebäude verheerend zu Unsammlungen, weil die Nationalsozialisten an den Fenstern ihres Fraktionszimmers zwei Hitlerfahnen angebracht hatten, was unter der nationalsozialistischen Bevölkerung ungeheure Erregung hervorrief. Die Polizei konnte die Fahnen nicht entfernen, da über die Räume der nationalsozialistischen Landtagsfraktion deren Vorsitzender Dr. Werner das Hausrecht besitzt. Der Vizepräsident des Landtags, der Zentrumsmann Delp, hat an Dr. Werner ein Protokollschreiben gerichtet, in dem er gegen den Unlauter Einspruch erhebt und um sofortige Entfernung der Fahnen bittet.

Ende der Darmstädter Nazikomödie.

Darmstadt, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Auf Grund der Proteste der Sozialdemokratie und des Reichsbanners ließ der nationalsozialistische Landtagspräsident Professor Werner am Montag die von den Nazis an den Fenstern ihrer Fraktionsbüros angebrachte Nazifahne und das Hitlerbild

entfernen. Werner soll von den Dekorationskünstlern seiner Nazifreunde wenig erbaut gewesen sein. Zweifellos wäre im anderen Falle, bei aller Wahrung der Hausrechte des Präsidenten, die Staatsregierung von sich aus eingeschritten.

Bogheimer Felddienstübung.

Darmstadt, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Im Anschluß an die nächtlichen Verhaftungen von Felddienstmäßig ausgerüsteten Nazis wurden nach weitere 120 SA- und SS-Leute in der näheren und weiteren Umgebung und verschiedenen Gegenden des Odenwaldes festgenommen. Sie sind zwar wieder auf freien Fuß gesetzt worden, das Verfahren gegen sie wird aber auf Grund der heftigen Verordnung vom 7. November 1931 weitergeführt. Nach dieser Verordnung sind politische Versammlungen, Kundgebungen sowie Aufmärsche aller Art unter freiem Himmel verboten.

Riß in der Harzburger Front.

Stahlhelm und NSDAP.

Der Landesführer Tüllmann vom Landesverband Nordmark des Stahlhelms wendet sich in einer öffentlichen Erklärung gegen politische Angriffe, die der Gauleiter Lohse der NSDAP gegen den Stahlhelm und ihn persönlich gerichtet habe. Lohse läßt ferner eine Gegenerklärung los und schreibt am Schluß dieser Erklärung: „Wir lehnen in Zukunft jede Zusammenarbeit ab!“ Das Ganze ist eine schöne Illustration für die oft berufene Einigkeit der Harzburger Front.

Faschistenschwindel!

Gefälschte Dokumente gegen die Arbeiterschaft.

Wien, 18. Januar (Eigenbericht.)

Die Redaktion eines christlich-sozialen Wiener Montagblattes, nach der bei den Hausdurchsuchungen im Ottakringer Arbeiterheim außer Waffen und Munition in einer eisernen Kassetten auch zahlreiche Schriftstücke mit einem bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeiteten Plan für ein bemessenes Vorgehen der sozialdemokratischen Parteigruppen im innerpolitischen Ernstfälle gefunden sein sollen, wird von der „Arbeiter-Zeitung“ dahin kommentiert, daß dieses Schwindeldokument ursprünglich als angebliche Richtlinien der kommunistischen Arbeitermehr ausgegeben und später dem „Schutzbund“ in die Schuhe geschoben worden sei. In beiden Fällen sei es als Fälschung entlarvt worden.

Es versteht sich von selbst, daß die Hugenbergpresse es sich nicht hat nehmen lassen, diese Fälschung in großer Aufmachung gegen die Sozialdemokratie auszuspielen.

Starhemberg provoziert.

Wien, 18. Januar.

Auf einem Führerappell des Oberösterreichischen Heimatbundes in Wels erklärte Starhemberg: Wenn die wirtschaftlichen Forderungen des Heimatbundes nicht durchgehen, wollen wir öffentlich zeigen, daß die Mehrheit des Volkes hinter uns steht (8 Abgeordnete von 100! D. Red.), und zwar in Gestalt von Protestkundgebungen und eines großen Volksaufmarsches. Wir lassen uns nicht auf verfassungswidrige Art daran hindern, und wenn man uns hindern will, dann soll eben die Revolution beginnen. Wir werden jedenfalls Wege gehen, auf denen uns die Staatsgewalt nicht entgegenstellen kann. Rücksichtslos und bewaffnet werden wir jedenfalls auftreten, wenn der Republikanische Schutzbund in irgendeiner Form in Erscheinung tritt.

Das kennt man! Jede Arbeitergruppe ist dann „Schutzbund“ und die Heimwehr schlecht!

Krach bei den Nazis.

Rebellion in der Stuttgarter Hitler-Filiale.

Stuttgart, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Im Gau Württemberg der Nationalsozialistischen Partei sind schwere Differenzen ausgebrochen.

Eine aus etwa 1000 Anhängern — darunter sehr viele SS. — bestehende Oppositionsgruppe hat dem Stuttgarter Spitzenkandidaten bei der letzten Gemeinderatswahl Hauptmann a. D. Strobel ein Memorandum mit 20 Punkten überreicht, deren Erfüllung verlangt wird. Strobel ist zugleich aufgefordert worden, eine Stellungnahme der Ortsgruppe Stuttgart und des Gauwes Württemberg zu den Forderungen herbeizuführen. Antwort war bis zum letzten Sonnabend verlangt worden. Nachdem diese Frist ohne Erteilung der Antwort verstrichen ist, hat die Opposition beschlossen, in einer öffentlichen Versammlung und durch Flugblätter auf die Mißstände bei den Führerstellen und bei der Vergabe der Posten und Mandate für Nazis in Württemberg hinzuweisen.

In den 20 Punkten ist als Hauptforderung die sofortige Enttarnung des Gauleiters Reichstagsabgeordneter Murr enthalten, dem Korruptionswirtschaft vorgeworfen wird.

Ferner ist die Opposition mit dem SA-Gruppenführer Süd-West v. Jagow unzufrieden, der ein ausgesprochenes Korruptionspolitiker sein soll und dessen sofortige Enttarnung verlangt wird. Gewissen Prominenten der Partei wird vorgeworfen, daß sie größeres Interesse für die weiblichen Hilfskräfte des Parteibüros als für die Parteiangelegenheiten hätten. Auch mit dem Parteiblatt, dem NS-Kurier, ist man unzufrieden. Es wird gefordert, die Zeitung sofort dem Besitz des Abgeordneten Murr zu entziehen, damit sie direkt von der Partei übernommen wird.

Die Reichsparteileitung der Nazis hat bereits einen Kommissar nach Stuttgart entsandt, der die Verhältnisse eingehend prüfen soll.

Der Preußen-Etat.

Interfraktionelle Besprechungen über die Ausgleichsmöglichkeit.

Der interfraktionelle Ausschuss der preussischen Regierungsparteien beschäftigte sich am Montag in Anwesenheit der Minister Severing und Kipper mit der Frage des Ausgleichs des preussischen Etats. Beschlüsse wurden nicht gefasst, weil die Besprechungen des preussischen Finanzministers mit der Reichsregierung über etwaige Abzahlungen des Reiches auf preussische Entschädigungsansprüche bzw. die Besprechungen über die Einräumung eines Bankkredits an Preußen noch nicht abgeschlossen sind. Uebereinstimmung herrschte jedoch darüber, daß der Plan einer Schlichtsteuer nicht durchgeführt werden darf, der preussische Etat dem Landtag aber unbedingt ausgeglichen vorgelegt werden soll.

Die preussische Staatsregierung wird sich am Freitag mit der Frage befassen, wie der Etat dem Landtag ausgeglichen vorgelegt werden kann.

Die Lehrerfrage in Preußen.

Grimme und Severing zum Lehrerabbau.

Im Unterrichtsausschuss des Preussischen Landtags äußerte sich Kultusminister Grimme, Innenminister Severing und für das Finanzministerium Staatssekretär Schleusener über den Lehrerabbau.

Zur Beratung stand ein bereits vor längerer Zeit vorgelegter Antrag König (Soz.) auf Einschränkung des geplanten Abbaus von 7000 Lehrern. Kultusminister Grimme wies darauf hin, daß der Hauptnachteil zu den Einsparungsmaßnahmen die Finanzschwierigkeit der Gemeinden gewesen sei. Am 31. März dieses Jahres würden etwa 2300 Lehrer in den Ruhestand treten. Dadurch könnte eine gleiche Anzahl von Junglehrern einrücken; außerdem könnten die sonst notwendigen Verlesungen aus einem Bezirk in den anderen größtenteils unterbleiben.

Innenminister Severing schätzte die große Härte für alle Betroffenen, die aber besonders durch die Rücksichtnahme auf die Wohlfahrts-Rentenempfänger herbeigeführt werden sei. Ein Entgegenkommen gegenüber den Wünschen des Antrags König könne er mit Rücksicht auf die Lage der Gemeinden nicht in Aussicht

Ohnesorge macht Schule.

Die Zeugen Deterding, die dem Mord des Grafen Helldorf nachgefahren waren und seine Feststellung veranlaßt hatten, blieben im Kurfürstendamm-Prozess wegen „Verdachts der Mittäterschaft“ unvereidigt.



„Wie, Zeuge, Sie sind dem Raubmörder nachgegangen, Sie haben ihn nicht aus den Augen gelassen, Sie haben dann einen Schutzmänn auf ihn aufmerksam gemacht, der ihn festnahm?! — Da, Sie Mittäter, Sie bleiben unvereidigt!“

Koreanische Attentate.

Berzweiflungsakte gegen brutale Fremdherrschaft.

Unabhängig des jüngsten Attentats eines Koreaners auf den Kaiser von Japan schreibt uns der koreanische Volkswirtschaftler und Ethnograph Han Jengsong:

Es ist bedauerlich, daß einem Monarchen so oft von Söhnen einer fremden Nation das Leben unsicher gemacht wird. Nicht allein der Mikado, auch seine hohen Beamten sind ständig bedroht. Solange das japanische Inselvolk zurückgezogen lebte, hat man seinen Großen nicht nachgestellt; erst als Japan die Halbinsel Korea sich aneignete, begannen Attentate. Der erste Anschlag in Chabin 1909 richtete sich gegen den japanischen Premierminister Ito; seitdem hörte man oft von Bomben- und Revolveranschlägen an heiligen Tagen mitten in Tokio oder in Seoul. Die Täter waren stets Koreaner.

Wiederum erlebte vor einigen Tagen der japanische Kaiser inmitten Tokio zum viertenmal einen solchen Schreckensmoment. Fremde Nationen verstehen die Ursachen meist nicht, oder wenn sie den Grund wissen, schweigen sie entweder oder geben dem Schwachen Unrecht.

Die Beziehungen zwischen Japan und Korea sind fast 2000 Jahre alt. Ohne Korea wäre Japan heute nicht in der Lage, mit seiner alten Kultur zu prahlen, seine

Baukunst, Religion, Literatur, Keramik usw. ist größtenteils von Korea übernommen.

Japan versuchte schon 1592 sein Reichertum zu befestigen, was aber nicht gelang, ermordete rund 3 Millionen Menschen und vernichtete fast sämtliche Kulturstätten des Landes. Seit 1895 verhinderte Japan direkt und indirekt das Erwachen des koreanischen Volkes. Die japanfeindliche Königin von Korea haben sie grausam ermordet. 1904 während des russisch-japanischen Krieges wurde Korea gezwungen, unentgeltlich von Süden nach Norden eine Eisenbahnlinie zu bauen, Mannschaft und Proviant zu liefern. Das japanische Militär bezahlte mit „Notgeld“ aus Papier, das niemals eingelöst wurde. Die japanische Regierung verführte in großen Mengen koreanische Münzen und verurteilte dadurch den Staatsbankrott. Die Auflösung des koreanischen Heeres, die Aufhebung der diplomatischen Beziehungen mit fremden Mächten, die Abdankung des Kaisers sowie die Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe erzwang man nur mit Waffengewalt. Von 1895 bis zur ge-

lungenen Annexion 1910 hat das Intrigenpiel der Japaner in Korea fast 10 000 Menschen das Leben gekostet. Die neuen Strafen sind fast alle durch Zwangsarbeit und Brandstiftung geschaffen worden. Jede koreanische Familie wurde gezwungen, jährlich 15 Tage Bauarbeit zu leisten. Man sieht neue Dämme und Kanäle zur Bodenkultur — im Interesse der Koreaner? 70 Proz. bester Ackerboden ist im Besitz der Japaner! Das Schulwesen wird beleuchtet durch die Tatsache, daß kaum 1/3 aller schulpflichtigen Kinder Schulen besuchen können. Die Hälfte der Schulen sind Privatschulen, zum großen Teil amerikanischer Initiative zu verdanken. Krankenhäuser und Spitäler sind unzureichend, in jeder Provinz sind kaum zwei vorhanden und gewöhnlich liegen in der III. Klasse in einem Zimmer von 3 mal 4 Quadratmetern 5 bis 8 Patienten, selten ohne Ansehensgezieler. Noch vor 20 Jahren sah man in Korea selten einen Bettler, aber jetzt

in den Städten immerzu Bettelbanden — dank der „gehobenen“ wirtschaftlichen Lage, Industrie, Bergbau, Fischfang und die besten Handelsplätze sind zu 90 Proz. in japanischem Besitz. Ein Industriearbeiter verdient bei 14stündiger Arbeitsleistung 30 bis 80 Pfennig täglich. Arbeiterinnen erreichen kaum die Hälfte.

Den Koreanern ist seit 1910 jeglicher Export und Import verboten. Jährlich wandern rund 50 000 Menschen nach der Mandchurie und nach Sibirien vollkommen mittellos aus, außerdem herrscht Kassenverbot und schärfste Klassenjustiz. Früher kammten die Koreaner keine Zuchthäuser — aber 1932 schmachten allein fast 9 000 politische Gefangene in eisernen Ketten. Ordnung muß sein — aber wegen 16 Pfennig Steuerriechstand wird sogar der einzige Kochkessel weggenommen.

Unenträglich hohe Steuern, scharfe Pressezensur, skandalöse Hausdurchsuchungen und Massenverhaftungen, alle Macht der Polizei und nicht zuletzt das Bestreben der Japaner, die Koreaner im Ausland zu verdrängen, sind die Hauptgründe des Hasses gegen die brutale Fremdherrschaft. Das Erwachen des Nationalismus in Korea ist seit 10 Jahren wie lodernde Flammen. Japan hat die Macht, 70 000 Soldaten, 50 Bombenflugzeuge, 10 000 Polizisten, Gendarmen und tüchtige Spione in Korea. Die Koreaner selbst haben nicht einmal ein verrostetes Luftpistolen. Auf solche Weise will man ein 4000 Jahre altes Kulturland, eine Nation von 23 Millionen aus der Weltgeschichte streichen.

stellen. In ähnlicher Weise äußerte sich Staatssekretär Schleusener, der auf den großen Fehlbetrag im preussischen Haushalt und seine Beseitigung durch tiefe Einsparungen hinwies.

Auf Antrag König (Soz.) wurde hierauf die Weiterberatung dieser Angelegenheit vertagt, bis eine Uebersicht über die Auswirkung der neuesten Maßnahmen des Kultusministeriums möglich sei.

Blutige Schießerei in Bilbao.

Vier Tote bei einem Zusammenstoß zwischen Republikanern und Monarchisten.

Madrid, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Im Anschluß an eine Versammlung der rechtstehenden Traditions-Partei kam es in Bilbao zwischen Mitgliedern der Versammlung und Sozialisten bzw. Republikanern zu einer schweren Schießerei. Vier Personen wurden getötet, neun verwundet. Die aufgeregte Volksmenge versuchte, mehrere Mitglieder der Traditions-Partei zu lynchen. Nur unter dem Schutze der Polizei konnten sie ihr nacktes Leben retten. Inzwischen sind im Zusammenhang mit dem Vorfall 35 Personen verhaftet worden. Nach dem Zusammenstoß wurden auf mehrere Konventionen in der Umgebung von Bilbao zahlreiche Schüsse abgegeben.

Strenge Maßnahmen der Regierung.

Madrid, 18. Januar.

Die Regierung hat wegen der blutigen Zusammenstöße zwischen Traditionsisten und Sozialisten in Bilbao strenge Schutzmaßnahmen angeordnet. Bisher sind 51 Personen verhaftet worden. Die Stadt wird militärisch bewacht. In Sagunto und anderen Städten der Provinz Valencia ist es zu ernstlichen Streitfällen gekommen. Aus Valencia

sind Truppen nach Sagunto abgegangen. In Barcelona traten 20 000 Metall- und Textilarbeiter in den Streik.

Sprengstoffunde in Westfalen.

Ein Zentner Dynamit — 4 Kommunisten verhaftet.

Hagen i. W., 18. Januar. (Eigenbericht.)

In Hagen wurden von der Polizei in einer Privatwohnung ein Zentner Dynamit, 400 Sprengkapseln, 200 Handgranaten, 2 Militärgewehre (Rohell 98) und ein Militärkarabiner, ebenfalls Rohell 98, mit der dazu gehörigen Munition beschlagnahmt. Im Zusammenhang damit wurden bisher vier Mitglieder der kommunistischen Partei verhaftet. Der beschlagnahmte Sprengstoff stammt aller Wahrscheinlichkeit nach aus Borhalle und Gesede, wo in letzter Zeit wiederholt größere Mengen Sprengstoff gestohlen worden sind.

Tschirikow gestorben.

In Prag ist der dort als Emigrant lebende russische Dichter Tschirikow im Alter von 63 Jahren verstorben. Tschirikow gehörte jener Gruppe der russischen Schriftsteller an, die in den neunziger Jahren und zu Beginn des Jahrhunderts eine starke anklagende Note in ihre belletristischen und dramatischen Werke hineintrugen. Unter Anlehnung an Tschekow versuchte Tschirikow in Novellen und Dramen den Naturalismus Gorkischer Prägung mit einer lyrischen Schilderung des russischen Volkslebens zu verbinden. Großen Erfolg hatte er hauptsächlich mit seinem Drama „Die Juden“, in dem er scharfe Anklage erhob gegen die von der Zarenregierung geförderte Pogrompolitik gegen die Juden. Dieses Stück ist fernerzeitlich auch in der Berliner Volksbühne mit großem Erfolg aufgeführt worden.

Und wieder die Stadtbankdirektoren
Der eine aß gerne gut, der andere trank gerne einen

In der gestrigen Verhandlung des Sklarek-Prozesses erstierte man weiter die Fälschungen, durch die die Sklareks ihre Lieferungen an die Stadt in der für die Kredite und stillen Zessionen benötigten Höhe vorläuschten. Leo Sklarek blieb dabei, daß die Stadtbankdirektoren von den Rechnungsfop'en gemußt hätten und behauptete nach wie vor, daß die Einreichung der Rechnungen an die Stadtbank lediglich eine Formalität gewesen sei, während der Kredit in Wirklichkeit auf Grund der Beträge, der Bonität und des Privatvermögens der Sklareks gegeben worden sei.

In diesem Zusammenhang kam man auf den 20. September 1929 zu sprechen, an dem durch die Revision des Obermagistratsrats Brandes die Sklarek-Fälschungen aufgedeckt wurden und der Skandal ins Rollen kam. Leo Sklarek behauptete ebenso wie Willi, daß Stadtbankdirektor Schmitt einige Tage vor der Revision bei ihnen gewesen sei und erklärt habe, die Sklareks müßten dafür sorgen, daß Brandes von der Revision fort komme. Vorj. (zu Leo Sklarek): Haben Sie irgendwelche Schritte unternommen, um die Revision zu verhindern? Leo Sklarek:

Ich habe bei einem deutschnationalen Stadtrat angetreten.

Vorj.: Bei wem? Leo Sklarek: Soll denn noch einer hinein-gezogen werden? Oberstaatsanwalt: Wir wissen es ja schon. Leo Sklarek (achselzuckend): Na, dann kann ich es ja sagen, es war Stadtrat Wege. Leo Sklarek kam dann wieder mit seiner ersten Erklärung, daß Obermagistratsrat Brandes lediglich aus politischen Gründen vor der Stadtorordnetenwahl revidiert habe, und zwar auf Veranlassung von Bürgermeister Scholz, den Leo Sklarek wieder als Intriganten bezeichnete. In großer Erregung rief er aus: Wenn Böhm nicht nach Amerika gefahren wäre, dann wäre überhaupt nichts passiert. Stadtbankdirektor Schmitt bezeichnete es als eine Bohne, von Leo und Willi Sklarek, daß er von den Betrügereien gewußt haben solle. Er bestritt auch, Leo Sklarek von der bevorstehenden Revision durch Brandes in Kenntnis gesetzt zu haben, gab aber zu, am 20. September bei ihnen gewesen zu sein, aber nur zu dem Zweck, um die Kosten für den Aufenthalt in Baren zu bezahlen. Leo Sklarek (dazwischenrufend): Auslagen bezahlt Direktor Schmitt ja überhaupt nicht. Der Vorsitzende gab hierauf bekannt, daß nicht nur die Rechnungen, sondern auch Geschäftsbücher gefälscht wurden, so wurde im Sommer ein Kontorrentbuch angefertigt, an dem drei bis vier Buchhalterinnen 14 Tage lang arbeiten mußten, ein Buch, das die "Lieferungen" an die städtischen Krankenanstalten, Fürsorgestellen und Kinderheime nachweisen sollte, wurde innerhalb drei Tagen hergestellt, und schließlich wurde auch ein Buch angelegt, aus dem Auslagen der Sklareks in Höhe von über 1 Million, die sie von der Stadt erlöst haben wollten, herausgingen. Leo Sklarek, der die Schuld wieder auf Max Sklarek abwälzte, erklärte, daß die Revisionen, die dann in diesen gefälschten Büchern vorgenommen wurden, nur sehr oberflächlich gehandhabt wurden und sich meistens auf Kaffeetrinken beschränkten. Vorj.: Dann ist mir unerklärlich, warum man sich die Arbeit gemacht hat, mit großem Aufwand 14 Tage lang Bücher zu fälschen, wenn man die Kontrollen nicht zu kurzem brachte. Leo Sklarek: Warum das gemacht wurde, weiß ich jetzt heute noch nicht. Darüber habe ich mich schon immer im Untersuchungsgefängnis den Kopf zerbrochen. Wenn ich etwas zu Max darüber sagen wollte, meinte er stets zu mir: Das geht dich nichts an. Geh lieber mit Hoffmann einen Teller Suppe essen. (Heiterkeit.)

In der Nachmittagsverhandlung wurde erörtert, daß eine Abstimmung der Bücher,

die auf Anregung des Direktors Dr. Lehmann stattfinden sollte — Schmitt und Hoffmann erklärten allerdings, daß sie die Väter dieses

Gedankens gewesen seien —, immer wieder verschoben wurde. Zunächst sollte diese Abstimmung am 1. April 1929 stattfinden, dann wurde sie wieder bis nach den Kommunalwahlen verschoben, die im November 1929 stattfinden sollten. Als Begründung für diese Maßnahme erklärte Stadtbankdirektor Schmitt, die Sklareks hätten ihm gegenüber darauf hingewiesen, daß verschiedene Bezirksämter über die Mittel ihrer Etats Bestellungen getätigt hätten. Man hoffe aber, daß die Wahlen wieder eine sozialdemokratische Mehrheit bringen würden, so daß dann Nachbemessungen erfolgen würden. Der Vorsitzende hielt Stadtbankdirektor Schmitt sehr energisch vor, daß

diese Begründung doch nicht stichhaltig sei und daß die Stadtorordnetenwahlen doch keinerlei Einfluß auf die internen Vorgänge in der Bank und die notwendigen Prüfungen gehabt hätten.

und schloß mit den erregten Worten: „Was Sie sagen, Herr Schmitt, ist Wort für Wort konstruiert und nicht haltbar.“ Hoffmann verteidigte sich wieder damit, daß die Sklareks mit der Auflösung ihres Kontos bei der Stadtbank gedroht hätten, weil zuviel revidiert würde und die Stadtbank zu mißtrauisch sei. Als sich Stadtbankdirektor Schmitt wieder damit verteidigte, von allem nichts gewußt zu haben, sprang Leo Sklarek erregt auf und schrie ihn an: Ich wundere mich bloß, daß Ihr Stuhl noch nicht wackelt, Herr Schmitt, so lügen Sie nämlich. Als ich Max nach dem Kredit fragte, sagte er einmal: Schmitt hat eine große Kiste lebender Fasanen bekommen. Die werden in Baren aufgestellt und die kann er dann abschlefen. (Heiterkeit.)

„Ich betone immer wieder, Schmitt mußte über alles Bescheid.

Max war doch durch Direktor Schmitt über alles informiert, und er wußte doch immer vorher, was die Stadtbank für Briefe schreiben würde, dafür kann ich Direktor Lehmann als Zeugen bringen, wenn er nicht krank wäre.“ Vorsitzender: „Ist er denn auch krank, wie Hoge? Da scheint ja geradezu eine ansteckende Krankheit zu herrschen.“ (Heiterkeit.) Stadtbankdirektor Hoffmann: „Darin, daß die Sache passiert ist, ist das Zusammenreffen verschiedener Umstände schuld. Mein Vertrauen zu den Sklareks, die Notlage des Kammerers...“ Vorsitzender (unterbrechend): „Vielleicht kommen auch die Zuwendungen hinzu, Herr Hoffmann?“ Hoffmann: „Das muß ich entschieden bestritten, es geht hier um meine Ehre, ich habe mich den Sklareks gegenüber immer tadellos benommen, und der Verkehr mit ihnen hat mich selbst viel Geld gekostet.“ Leo Sklarek: „Ich will Hoffmann ja nicht belästigen. Wenn Frau, Kinder, Schwestern und Tanten Textilwaren bekommen, so will ich nicht fragen, ob man das Zuwendungen oder Wohlleben nennen soll.“

Hoffmann hat immer gern gut gegessen, ebenso wie Schmitt gern einen getrunken hat.

Dann kam noch zur Sprache, daß nach der Anklage ein Revisionsprotokoll abgeändert wurde, wofür Schmitt verantwortlich gemacht wird, der aber auch hier alles abstreift. Als K. A. Vindar ihm vorhielt, daß die ganze Korrespondenz, die mit den Sklareks wegen dieser Angelegenheit geführt wurde, fingiert und von den Stadtbankdirektoren selbst diktiert worden sei und Stadtbankdirektor Schmitt in diesem Zusammenhang erklärte, er hätte doch nicht gewußt, daß die Sklareks Betrüger seien, kommt es wieder zu einem Zusammenstoß. Leo Sklarek schrie mit höchstem Stimmaufwand: Wenn Sie noch einmal Betrüger sagen, sind Sie der Hehler!

Nach weiteren Erörterungen wurde die Verhandlung schließlich auf Donnerstag früh 9 Uhr verlagert.

Zigeunerinnen zaubern!
Und die Dummen werden nicht alle.

Ein merkwürdiges Abenteuer mit Zigeunerinnen erlebte ein Kaufmann X. aus der Eisenacher Straße in Schöneberg.

An seiner Wohnungstür waren zwei Zigeunerinnen erschienen, eine alte und eine jüngere, und bettelten. Als die Ehefrau des Kaufmanns die Frauen abwies, bemerkte die eine der Zigeunerinnen, daß sie wüßte, daß „der Herr Gemahl“ krank sei und daß sie ihm helfen könne. Die Frau des Kaufmanns war erstaunt, denn ihr Mann war tatsächlich krank und hatte schon wiederholt die Ärzte aufgesucht. Man ließ jetzt die beiden Zigeunerinnen eintreten. Unter vielem Lamento erreichten es die beiden Frauen, daß der Kaufmann sich bereit erklärte, zur „Beförderung der Illusion“ in einen Briefumschlag 5000 Mark in Scheinen zu je 1000 Mark zu stecken. Der Umschlag mußte geöffnet bleiben! Dem Kaufmann wurde nun geheißen, sich vor einen Kleiderschrank zu stellen, während die ältere der Zigeunerinnen den Briefumschlag in die Hände nahm. Jetzt begann die „Heilungsprozedur“. Die alte Zigeunerin hob beide Hände empor, suchte mit dem Briefumschlag herum und murmelte dabei Beschwörungsformeln. Schließlich warf sie mit einem kurzen Auf den Briefumschlag hinter den Schrank. Dem Ehepaar wurde jetzt bedeutet, daß es auf keinen Fall vor Ablauf von drei Tagen den Umschlag hinter dem Schrank hervorholen dürfe. Als die beiden Zigeunerinnen verschwinden waren, stiegen dem Kaufmann doch Bedenken auf und er holte den Umschlag hervor. Und siehe da: Der Inhalt von 5000 Mark hatte sich mittlerweile auf 2000 Mark verringert. Es muß der alten Zigeunerin gelungen sein, mit ungläubiger Schnelligkeit drei Tausendmarkstücke herauszunehmen, ohne daß man etwas merkte.

Ueberfall auf Stadtrat Reimann.

Kommunisten gegen einen Helfer der Erwerbslosen.

Der Degenerent des Wohlfahrtsamtes Weihenstep, Stadtrat Genosse Reimann, wurde am Montag mittag in der Parkstraße in Weihenstep von vier kommunistischen Burschen angriffen und mißhandelt. Einer der Täter schlug Reimann ins Gesicht, so daß er stark blutende Verletzungen erlitt.

Genosse Reimann war auf dem Wohlfahrtsamt vor einiger Zeit von einem kommunistischen Wohlfahrtsamtsmitglied beleidigt worden. Der Vorfall hatte gestern auf dem Weihenstepfer Amtsgericht sein Nachspiel. Im Zuschauerraum hatten sich zahlreiche Anhänger der Angeklagten eingefunden. Genosse Reimann verließ noch vor der Urteilsverkündung den Gerichtssaal, da er im Amt noch wichtige Dinge zu erledigen hatte. Als der Stadtrat durch die stille Viktorienstraße ging und in die Parkstraße einbiegen wollte, kamen zwei Burschen hinter ihm hergelaufen. Von der anderen Straßenseite tauchten fast im selben Augenblick ebenfalls zwei Burschen auf. Die Bande fiel plötzlich über Reimann her, der sich vergeblich der Uebermacht zu erwehren versuchte. Durch Schläge ins Gesicht wurde er blutig geschlagen, daß er nicht mehr sehen konnte. Glücklicherweise stellten sich später die Verlesungen an den Augen als nicht gefährlich heraus. Die Runden küchelten und entkamen.

Der sozialdemokratische Stadtrat, der wegen seiner außerordentlichen Arbeitskraft und seiner großen Verdienste um das Berliner Wohlfahrtswesen allgemeine Achtung und Anerkennung genießt, ist also zum zweiten Male von verheerenden kommunistischen Wohlfahrtsamtsmitgliedern mißhandelt worden. Nachdem der erste Ueberfall vor einigen Wochen seine Sühne gefunden hatte, sollen unmittelbar darauf bestellte Wegelagerer zum zweiten Male über einen Mann her, dessen ganzes Arbeiten und Wirken den Wohlfahrtsamtsamtlichen gilt.

Der Energie der Polizei wird es hoffentlich bald gelingen, die Täter festzunehmen. Gewisse Spuren sind unverkennbar.



Nach einem Tagebuchroman von Karl Hans Schöber erzählt von Erich Knaut

Bei Anbruch der Nacht trete ich meinen Dienst wieder an. Im Hauptmaschinenraum strömt der Dampf leise durch die Turbinen. Alles in Ordnung. Kurze Befehle, und es geht vorwärts. Die Turbinen summen. Der Schweiß rinnt uns über das Gesicht und über den nackten Oberkörper. Wir fahren zwölft, dreizehn, vierzehn Seemeilen. Die Turbinen dröhnen unter der Gewalt des Dampfes. Und die Schraubenwelle wirbelt, als wäre sie irrsinnig geworden. Die Heizer haben es nicht leicht, zwölf Kessel zu versorgen. Unser Körper trieft von Del. Man kann vor Dreck kaum aus den Augen schauen. Um zwölf Uhr nachts werden wir abgelöst. Wir waschen uns und schlagen uns den Bauch voll.

Eine kalte Brise weht über Bord. Wie eine hohe schwarze Wand steht die Nacht über der Adria. Ringsum nichts als Rauch und Qualm von den Kreuzern und Torpedoboote. Die unsere Flante sichern. Nur von einigen Brücken und Verteckslufen und Türmen schimmern abgeblendete Lichter. Der Arm der Schiffe wird vom Brausen der See überdröhnt.

Ich halte mich mit beiden Händen am Bootstron fest und wende den Magen um. Dabei muß ich aufpassen, daß ich nicht über die Reeling fliege. Mein Magen verträgt das Stampfen des Schiffes nicht, und der Schweiß brummt mir.

Gegen sechs Uhr morgens werfen wir in einer Bocca der Insel Grotta, südöstlich von Zara, Anker. Nachts und links erhebt sich tadelloses Gebirge, und die Adria liegt ruhig und geschützt dazwischen.

Die Torpedoboote versehen ihren Sicherungsdienst. Sie haben keine Ruhe. Einige hundert Meter entfernt von uns liegt das Dedungsschiff verankert. Die Matrosen baden und vergnügen sich. Die Offiziere sind gemüthlich, und sie wissen, warum sie auf hoher See nicht schnauzen dürfen. Es wäre nicht das erstemal, daß Offiziere über Bord geslogen sind.

Bei einbrechender Dunkelheit verlassen wir die Bucht. Mit ganzer Kraft fährt die Flotte durch das Meer. Das Schiff schwankt leicht.

In den Lancieräumen stehen die Wachen im tiefenden Delzeug an den Abfuhrrohren. Wir fahren bei schwerem Seegang. Das Wasser in den Kesseln peitscht auf und nieder, und die Heizer schüler lehnen sich an die Speisepumpe und brechen alles aus sich heraus. Nach vier Stunden verlasse ich den Heizerplatz. Der nackte Körper trost vor Auf, Del und Dreck. Am Mittelschiff begegnet mir ein Offizier. Es stinkt noch eine ganze Weile nach Parfüm. Aber die technischen Offiziere riechen nach Schweiß und Del wie wir.

Der Morgen steigt prachtvoll aus der Blut empor. Eine Wolke zieht über uns dahin und schimmert wie ein Amethyst. Wir laufen in das ruhige Wasser des Kanals von Colamata ein und werfen Anker unweit von Slano, nördlich von Ragusa. Das ist unser letzter Schlupfwinkel. Torpedoboote jagen an uns vorbei, um sich vereinzelt zu vertäuen, da sie vom Flaggsschiff Kohle fassen müssen. Auf Steuerbord stehen zwei Torpedobootzerstörer, um Rastra zu fassen. Auf hundert Meter Distanz liegen die übrigen Torpedoboote auf dem Wasser.

Gasmasken werden in Empfang genommen, und kleine Gefechtsübungen bereiten den kommenden Angriff vor. Am Land stehen Leute und schauen zu uns herüber. Rauchwolken liegen über dem Kanal.

Auf dem Mitteldeck und Unterdeck werden Tragbahren und Operationstische zurechtgestellt. Die Truppen der Angriffsbatterie erhalten Notverbandmaterial. Aus den Munitionskammern werden die schweren 20,5-Zentimeter-Geschosse in die Geschütztürme befördert. Rettungsflöße und alle Rettungsboote werden gelärt, und das Deck liegt vorn am Freideck zusammengewollt.

Am Abend läutet die kleine Kirche von Slano freundlich zu uns herüber. Heute nacht soll es losgehen!

Die Offiziere machen auf einmal verdrießliche Gesichter. Flaggen werden gehißt und wieder gestrichen. In diesem Augenblick kommt der Admiral auf Deck. Sein Gesicht zeigt Spuren eines mühsam verhaltenen Zornes. Er tritt unter

einige Offiziere. Aufregung! „Die Aktion ist leider Gottes verraten!“

Das Blatt hat sich gewendet. Jetzt werden wir angegriffen. U-Boote sind gegen uns unterwegs, die feindlichen Schiffe stehen feklar in Santa Maria di Leuca, und die französischen und italienischen Gleitboote eilen uns aus Tarent entgegen. Die italienischen Schlagschiffe sind aus Korfu ausgelaufen.

Das Karstgebirge rings um die Bucht kommt mir jetzt vor wie eine Mauermaße. Neben mir tücheln die Matrosen: „Wenn Kraus und Koudy noch am Leben wären, dann würde man sie auch noch dieses Verrats beschuldigen.“ Und man flüstert, daß der Verräter viel eher unter den Angehörigen des Flaggentabes zu suchen sei. Es kann nur einer gewesen sein, der den Angriffsplan kannte und Zutritt zu den Radioapparaten hat, um mit Hilfe der feindlichen Schiffszeehen alles zu signalisieren, was unsere Flotte zu unternehmen gedenkt. Und ich glaube, die Matrosen haben den Nagel auf den Kopf getroffen.

Wir müssen schnell zurück, sonst schießt uns die feindliche Uebermacht zusammen. Der Admiral gibt den Befehl zum Rückzug, denn es wäre Wahnsinn, einer Uebermacht aus Großkampfschiffen die Stirn zu bieten. Wir lächeln die Anker, und mit Wollwampf eilt die Flotte dem Hauptkriegshafen zu.

Das Schwestereschiff und sein Begleitschiff, die uns im zweiten Stapel gefolgt sind, fahren jetzt dem Flaggsschiff voran. Das Schwestereschiff hat die Urauber an Bord, die nachträglich dem Flaggsschiff zugeführt werden sollten. Horst ist unter ihnen. Langsam breitet sich die Nacht über die Adria.

Die Heizer sind nicht mehr imstande, soviel Dampf zu erzeugen, wie die Angriffsturbinen zur Enifaltung der höchsten Kraft brauchen. Vom Hauptmaschinenraum kommt der Befehl, mit Rapptha nachzuhelfen.

Wie dunkle Gelpenister hücheln die Torpedoboote und die Zerstörer dahin. Sie schließen ihren Kreis um das Flaggsschiff immer enger, um es zu sichern. Es ist Mitternacht, gerade zur Zeit der Ablösung. Da durchschlitt das Läuten des Maschinentelegraphen den Hauptmaschinenraum. Von „Maximal vorwärts“ schnell der Zeiger des Telegraphen zurück auf „halt!“ Rasch schließt der Mast das Manövrierventil. Die Turbinen stehen still, auch das Schiff. Die Heizung stoppt. Der Maschinenvorstand eilt ans Sprachrohr: „Was ist denn los? Wozu dieses Manövern?“

„Das Flaggsschiff wäre beinahe auf einen Felsenvorsprung aufgefahren!“ (Fortsetzung folgt.)

Räffelkraten um Salaban.

Dokortitel aus Czernowiz? — Kriminalpolizei untersucht weiter.

Das Geheimnis um den entlarzten Falschmünzer Cornell Salaban konnte trotz aller Bemühungen der Kriminalpolizei noch nicht weiter gelüftet werden, da Salaban in äußerst geschickter Weise versucht, die Nachforschungen in jeder Richtung zu erschweren. Die polizeilichen Ermittlungen laufen natürlich weiter, und zwar insbesondere nach der Richtung, daß man über den angeblichen Helfershelfer Salabans Aufklärung schaffen will. Neue Momente haben sich dabei bisher nicht ergeben.

Bei seinem Verhör durch den Vernehmungsrichter in Roabit erklärte Salaban auf einmal im Gegensatz zu seiner ersten Erklärung, daß er den Dokortitel vor dem Kriege auf der Universität Czernowiz erworben habe. Er behauptet weiter, daß er 17 Semester in Czernowiz, Wien, Leipzig, Breslau und Göttingen Jura studiert habe. Diese Angaben werden sich sämtlich sehr schwer oder überhaupt nicht nachprüfen lassen und es bleibt nur die Möglichkeit, daß Salaban vielleicht doch noch ein Geständnis ablegt und die Führung des neulich fälschen Dokortitels zugibt. Bisher sieht es aber nicht so aus, daß S. sich zu solchem Geständnis bequemen wird. Die Akten sind von Roabit dem zuständigen Vernehmungsrichter in Charlottenburg überwiesen worden. Das Material wird wahrscheinlich schon morgen der Staatsanwaltschaft zugeleitet werden und die Kriminalpolizei wird von der Staatsanwaltschaft weitere Weisungen zur Fortführung der Ermittlungen erhalten. Bisher ist es noch nicht gelungen,

den mysteriösen Freund des Dr. Salaban

ausfindig zu machen. Es scheint, daß der Gesuchte doch mehr mit der Falschmünzerei befaßt zu sein hat, als es zuerst den Anschein hatte. Sehr interessant ist die Mitteilung, daß Salaban vor Jahren wegen eines anderen Vergehens der Schutz des Paragraphen 51 von einem deutschen Gericht abgeurteilt wurde. Wie wir erfahren, geht das Ziel der Vertreibung offenbar wieder darauf hinaus, daß Salaban wegen geistiger Unzurechnungsfähigkeit nicht verantwortlich gemacht werden könne. Sollte die Vertreibung mit dem Antrage durchkommen und die Sachverständigen die Zurechnungsfähigkeit gleichfalls verneinen, müßte die Strafverfolgung eingestellt werden und Salaban als lässiger Ausländer über die Grenze abgeschoben werden.

Salaban als „Rechtsanwalt“.

Eine kurze Rolle in Wien, Verhaftung und Freispruch.

Die abenteuerliche Geschichte des Falschmünzers Salaban erzählt durch die folgenden Darlegungen, die uns von gut unterrichteter Seite übermitteln werden, eine teilweise Klärung.

Mitte November vorigen Jahres erreichte es in Wien großes Aufsehen, daß die beiden angehenden Schriftsteller Karl Hütter und Dr. Noah E. Bohorilles wegen Betrugsverdacht verhaftet wurden. Die beiden annoncierten in zahlreichen, hauptsächlich reichsdeutschen Zeitungen, daß sie Interessenten gegen Entgelt Doktor-diplome zweier ausländischer Hochschulen, der Universität philotechnique in Brüssel und der Université nouvelle in Paris, verschaffen können. Das Geschäft schien sehr einträglich zu sein, es meldeten sich hunderte von Interessenten, und die beiden „Schriftsteller“ lebten in Genuß und Braus. Einer dieser neugeborenen „Doktoren“ war auch Dr. Karnellus Salaban. Der jetzt wegen Falschmünzerei Verhaftete war längere Zeit in Wien. Bereits im Jahre 1916 war Hans Salaban in Wien als Student der Philosophie politisch gemeldet, übersiedelte jedoch noch im selben Jahre nach Bernburg. Dann hörte man längere Zeit nichts von ihm. Erst im Jahre 1927 tauchte er wieder in Wien auf. Diesmal unter dem Namen „Dr. Wetterstein“. Es liegt die Vermutung nahe, daß er sich auf diesen Namen lautende Dokumente beschafft hatte. Er gab sich stets als Rechtsanwalt aus, betätigte sich hauptsächlich als Winkeladvokat, trat aber auch mehrere Male im Gerichtssaal als Strafverteidiger auf und war überdies bei dem Vorsitzenden des Fünfhäuser-Bezirksgerichts sehr beliebt. Wertwürdigerweise wurde die Wiener Anwaltskammer erst spät auf das Treiben dieses falschen Rechtsanwalts aufmerksam. Als „Dr. Wetterstein“ eines Tages nach einem glänzend gehaltenen Plädoyer, das den Freispruch seines Klienten zur Folge hatte, stolz erhobenen Hauptes den Gerichtssaal verlassen wollte, wurde er von zwei Gerichtsbeamten erfaßt, seine Anwaltslegitimation vorzuweisen. Nach einigen Ausflüchten gelang schließlich der falsche Rechtsanwalt den Schwindel ein. Er wurde verhaftet und unter Anklage gestellt, jedoch als unzurechnungsfähig erklärt und freigesprochen. Salaban wandte sich von Wien nach Hamburg, wo er, wie mitgeteilt, ebenfalls mit der Kriminalpolizei Bekanntschaft machte. Doch wieder kam ihm der Bier zu Hilfe. Endlich übersiedelte er 1929 nach Berlin, wo er sich den Dokortitel zulegte und dann mit Feuereifer die Herausgabe eines Juristenweltanschauungsbuches, ursprünglich „Europarecht“ genannt, betrieb. Als dieses Geschäft schließlich vererbte, warf er sich auf die viel einträglichere Falschmünzerei.

Der Fingerring als Waffe.

Heimtückisch geführte Schläge verletzten Mutter und Sohn.

Im Schaufenster eines Juwelierladens in der City kann man einen Ring sehen mit einem Preischild, auf dem zu lesen steht: Wafferring, 18 M. Ein schneller Zug an einem Scharnier und zwei haarfeine spitze Messerchen erheben sich unheilvollendend. Also eine heimtückische, niederträchtige Waffe.

Solch einen Ring hatte sich der bereits einmal wegen Körperverletzung verurteilte M. angeschafft. Es machte ihm Spaß, seinen Freunden und Bekannten damit Schrecken einzujagen. Die Wirtin des Lokals, in dem M. verkehrte, bekam stets eine heillose Angst, wenn er scherzend mit dem spitzen Ringmesser auf sie zukam. Aus dem Spiel wurde eines Tages furchterlicher Ernst. M. war angetrunken, bekam Streit mit einem Gast. Der Sohn der Wirtin ging dazwischen, M. wurde rabiat, wollte sich nicht aus dem Lokal hinausweisen lassen, geriet ins Handgemenge mit dem jungen Menschen und verfecht ihm einen Schlag ins Gesicht; der Gekränkte schrie vor Schmerz auf. Die Wirtin eilte ihrem Sohn zu Hilfe, aber schon hatte auch sie einen Schlag weg, und auch sie schrie vor Schmerz auf. Mutter und Sohn hatten in fast unmittelbarer Nähe des Auges neben der Nase zwei tiefe Einschnitte mit den Ringmessern erhalten. Der Burche schlug noch von draußen die Glasscheibe ein und zerschmetterte durch Pfostenwürfe einen Teil der Einrichtung.

Der Gericht erklärte er, er habe den Ring von einem Unbekannten gekauft. Wegen gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung erhielt er ein Jahr Gefängnis. Der Richter führte mit Recht aus, daß solch ein heimtückischer Ring gemeingefährlich

Die Staatsanwälte im Calmette-Prozeß

Professor Altstaedt am schwersten belastet

Lübeck, 18. Januar.

Am heutigen Verhandlungstage im Lübecker Tuberkuloseprozeß begannen die Plädoyers der Staatsanwälte. Oberstaatsanwalt Dr. Linow wies darauf hin, daß er in einem Prozeß spreche, der weit über die Grenzen Lübecks hinaus das Interesse der Öffentlichkeit erregt.

„Ich möchte meine Ausführungen“, so betonte Dr. Linow, „nicht beginnen, ohne das tiefste Mitgefühl zu bekunden für die Eltern der Kinder, die durch dieses Unglück betroffen worden sind. Von unverwundbarem Eindruck wird mir für mein ganzes Leben der Augenblick der Eröffnung sein, als der Berichtstatter die Namen der Kinder vorlas, die gestorben sind oder an ihrer Gesundheit Schaden genommen haben. Der Prozeß hat bis heute 70.000 Mark gekostet. Das führe ich an, um die Bedeutung des Schrittes zu kennzeichnen, den Dr. Altstaedt unternahm, als er ohne jede praktische Erfahrung, lediglich auf die Literatur gestützt, seinem Vorgesetzten vorschlug, das Calmette-Verfahren in Lübeck einzuführen.“

Der Oberstaatsanwalt kam dann auf die strafrechtliche Seite des Prozesses zu sprechen und erinnerte daran, daß

die Anklage gegen Prof. Deyke und Dr. Altstaedt auch auf fahrlässige Tötung bzw. fahrlässige Körperverletzung ausgeht worden sei.

Es handele sich hier nicht um das allgemeine Verhalten des Angeklagten, sondern lediglich darum, zu prüfen, ob sie sich auch strafrechtlich schuldig gemacht hätten. Es mag sein, daß der Vorsitzende des Gesundheitsamtes, Senator Mehrlein, richtiger gehandelt hätte, wenn er seinerzeit beim Reichsgesundheitsamt nähere Erkundigungen eingezogen hätte. Man darf jedoch nicht vergessen, daß er den Tod und die Körperverletzung so vieler Kinder nie und nimmer voraussehen konnte, nachdem eine Autorität wie Prof. Deyke ihm gesagt habe, daß eine Gefahr mit der Impfung nicht verbunden sei. Dieser Prozeß ist nicht herben, eine Entscheidung darüber zu bringen, ob das Calmette-Verfahren schädlich oder unschädlich sein kann, sondern hier ist nur über Schuld oder Nichtschuld der Angeklagten zu befinden.

Nach einer kurzen Pause begann dann Staatsanwalt Freiherr v. Reuß mit seinem Plädoyer gegen Dr. Altstaedt. Der Staatsanwalt wies zunächst auf die Reformbedürftigkeit der Bestimmungen der Strafprozessordnung hin und sagte, es müsse in Zukunft möglich sein, einen Prozeß von solchem Ausmaß auf ein vernünftiges Maß zu beschränken. Die

Dienstausweisung, nach der sich Dr. Altstaedt zu richten hatte, charakterisierte der Staatsanwalt als etwas nebensächlich. Habe er aber nach einem unzureichenden Geheiß gehandelt, so sei er auch als Täter in vollem Umfange anzusehen. Sein Vorgesetzter, Senator Mehrlein, habe sich auf seinen Rat verlassen müssen. Altstaedt sei aber ein Theoretiker gewesen und sei es immer noch. Bei der Ueberzeugung von der Unschädlichkeit des BCG habe sich Dr. Altstaedt auf die Literatur und auf die Stimmen des Auslandes verlassen, sowie auf den Rat der Lübecker Ärzte, die selbst keinerlei praktische Erfahrungen besaßen. Der Staatsanwalt zitierte im Verlauf seines Plädoyers eine große Reihe von warnenden Stimmen gegen die Anwendung des Calmette-Verfahrens, die schon 1920 vorlagen. Es sei eine ganz eigenartige Argumentation, wenn Dr. Altstaedt im Prozeß gesagt habe, das seien nur wenige Stimmen gewesen, die kein namhaftes Gewicht hätten. Mit Recht habe Prof. Kling betont, ein Gegner, ob er Gewicht habe oder nicht, sei ausschlaggebender als Hunderte, die dafür seien. Eine verhängnisvolle Rolle habe Geheimrat Dr. Bielefeldt, der frühere Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte, gespielt. Er habe dem Angeklagten Dr. Altstaedt nicht nur den ersten Anstoß zur Einführung des Verfahrens gegeben, sondern sogar an Prof. Calmette geschrieben, man beachtliche BCG in Lübeck obligatorisch zu verwenden. Dr. Bielefeldt sei der böse Geist Dr. Altstaedts gewesen.

Welches seien die Motive gewesen, das Calmette-Verfahren einzuführen? Dr. Altstaedt, so fährt der Staatsanwalt fort, habe darauf keine Antwort gegeben.

Sollte nicht doch der Ehrgeiz entscheidend mitgesprochen haben?

Man möchte das fast annehmen. Die Warnung des Reichsgesundheitsamtes sei dem Angeklagten bekannt gewesen. Er habe aber nicht die abwartende Haltung eingenommen, die man von dort her empfohlen habe. Zusammenfassend betonte der Staatsanwalt, daß folgende vier Punkte außerordentlich belastend für den Angeklagten Dr. Altstaedt seien: 1. hätten andere Sachverständige gefragt werden müssen, z. B. Professor Brauns, der bereits Calmette-Impfungen beobachtet hatte; 2. von ausschlaggebender Bedeutung sei die Nichterrichtung eines Speziallaboratoriums gewesen, das Calmette in seinem Buch ausdrücklich gefordert hatte; 3. die Unterlassung von Tiererfahrungen sei ebenfalls nicht zu verantworten. Sie hätten schon vor Beginn der Impfung gemacht werden müssen. Der Angeklagte war hierfür zuständig. 4. Die Unterlassung der klinischen Beobachtung. Es hätte in allen Fällen eine Benachrichtigung an alle Ärzte erfolgen müssen. Das Verschulden des Angeklagten ist, wenn man ihm alle unglückseligen Opfer zur Last legt, ungeheuer schwer. Es ist ein Verfehlen von nie dagewesener Art. Eine hohe Strafe ist am Platze. Dr. Altstaedt hat menschlich furchtbar und ungeheuer unter dem Unglück gelitten. Als Mensch steht der Angeklagte unangefochten da. Er hat in gutem Glauben gehandelt und das Beste gemollt. Die größte Tragik wird für den Angeklagten aber darin liegen, daß auch eine Strafe und deren eventuelle Verhütung ein Verfehlen für ihn nicht bringen wird. Sein Name wird in der Geschichte der Medizin mit dem Blut der Toten von Lübeck belastet sein.

Achtung SPD.-Betriebsvertrauensleute!

Mittwoch, 20. Januar, 1934, Uhr, Sophienstraße, Sophienstr. 17-18

Fortsetzung der

Funktionär-Konferenz

aller SPD.-Betriebs- u. Gewerkschaftsfunktionäre
Tagesordnung: 1. Wahl der 3 Vertreter für den erweiterten Bezirksvorstand. 2. „Die eisernen Front marschieren.“ Referent: Emil Barth. Ohne Funktionärsausweis der Partei kein Zutritt.

licher sei als ein Dolch oder ein Messer. Gegen letzteren könne sich der Ueberfallene noch wehren, der Schlag mit den Ringmessern tiefere ihn aber vollkommen unerwartet. Wäre die Verlegung in diesem Falle nur eine Kleinigkeit höher gewesen, so hätten Mutter und Sohn ein Auge eingebüßt. Der Angeklagte nahm das Urteil an. Der merkwürdige Juwelier, der einen solchen „Schwund“ verkauft, sei aber der Aufmerksamkeit der Polizei empfohlen. Ein derartiger Ring gehört nicht in ein Juweliergeschäft, sondern in einen Waffenladen.

Reichsgründungsfeier der Universität.

Problem der Verflechtung von Preußen und dem Reich.

In der neuen Aula der Universität fand gestern wie alljährlich eine Feier zur Erinnerung an die Reichsgründung statt. Professor Dr. Fröh Hartung hielt die Festrede über das Problem der Verflechtung des preussischen Staates und des Deutschen Reiches als eine der Fragen, die bei der Reichsgründung nicht gelöst worden waren.

Der preussische Staat hatte damit, daß er das Deutsche Reich schuf, seine Selbständigkeit nicht aufgegeben. Bismarck hatte bemerkt das feste Gefüge Preußens als eine starke Stütze des neuen Reiches demut. Es erhielt eine bevorzugte Stellung, nahm jedoch auch besondere Verpflichtungen auf sich, mit denen eine Aufgabe von Macht und Unabhängigkeit verbunden war. Der Widerstand Preußens und des im Osten Preußens beheimateten Konservatismus gegen alle Bestrebungen zur Stärkung der Einheit Deutschlands war deshalb von vornherein festgelegt. Mit vollem Bewußtsein stützte sich deshalb Bismarck in seinen Vereinigungsbestrebungen auf die nach Einheit drängenden Kräfte und stellte sich damit in Gegensatz zu den preussischen Reaktionen. Die Verwaltungsreform von 1872 war geradezu eine Wiederaufnahme achtundvierziger Gedanken. Auch alle außenpolitischen Unternehmungen dienten immer der Stärkung des Reiches. Nach Bismarcks Entlassung, als Wilhelm II. den Anspruch erhob, die Linie der Politik zu bestimmen, setzte eine politische Ziellosigkeit ein. Nach Anklage, Erziehung und Bildung war Wilhelm unfähig dazu. In romantischen Träumen drückten sich seine politischen Gedanken aus. In diesen Jahren konnten die preußisch-partikularistischen Gedanken auch wieder stärker zum Ausdruck. Während der Caprivi-Krise wurde offenbar, daß die Divergenz zwischen Reich und Preußen ein Schaden für das Reich war. Auch während des Krieges hielt der ständige Kampf zwischen den preussischen Konservativen und dem Reich an.

über schließlich war das alte Preußen doch nur noch Herr des Landtages und konnte die Einführung von Reformen nur noch eine kurze Zeit verhindern. Die Niederlage des Reiches nach außen war gleichzeitig eine Niederlage des alten Preußen nach innen. Doch immer noch steht als eine dringende Aufgabe die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen vor uns. Aber die Reichsreform kann nur dann gelingen, wenn sie sich nicht nur auf das Technische erstreckt, sondern wenn sie einen Ausgleich findet zwischen den historisch gewordenen Kräften und den Erfordernissen unserer Zeit.

Selbstmord einer Bierzehnjährigen.

Der verhängnisvolle „blaue Brief“.

Als gestern in den späten Abendstunden die Frau des Kaufmanns Bachhaus in ihre Wohnung Wilhelmstraße 125 in Wilmersdorf heimkehrte, fand sie zu ihrem Schrecken ihre 14 Jahre alte Tochter Liselotte in der völlig mit Gas erfüllten Küche leblos auf. Die Wiederbelebungsversuche der alarmierten Feuerwehr blieben leider ohne Erfolg. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, ist die Bierzehnjährige aus gekränktem Ehrgefühl in den Tod gegangen. Die Eltern des Mädchens hatten gestern vormittag von der Schule einen Brief über mangelhafte Leistungen erhalten. Die Vorwürfe der Mutter hat sich Liselotte B. offenbar so zu Herzen genommen, daß sie freiwillig aus dem Leben schied.

11 Todesopfer der Eisenbahnkatastrophe

Paris, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Die Zahl der Todesopfer der Eisenbahnkatastrophe von St. Just hat sich auf elf erhöht. Eine in bewußtlosem Zustande mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus eingelieferte Frau ist am Montagmittag gestorben. Unter den Trümmern der entgleisten Wagen sind weitere Leichen nicht gefunden worden. Die Zahl der Verletzten beträgt neun. Die Ursache der Entgleisung konnte bisher noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

Kurzwellen- und moderne Röhrentechnik. Der Technische Reichsausschuß des Arbeiter-Radio-Bundes hat in Verfolg seiner allgemeinen Aufklärungsarbeit den Ingenieur Kerger-Hamburg zu einem Vortrag über „Kurzwellen- und moderne Röhrentechnik“ für Dienstag, den 19. Januar, 19.30 Uhr, gewonnen. Der Vortrag findet im Vortragssaal des Parteivorstandes, Lindenstr. 3, 11. Ums. statt. Außerdem lautet ein technischer Teilfilm: „Kurzwellen- und ihre Bezeichnung.“ Als technisch interessierten Vortragenden sind hierzu eingeladen. Eintritt frei.

Her zur Eisernen Front!

Die nächste Reichsbannerkundgebung findet heute Dienstag, 20. Uhr, in Kliems Festsälen statt. Es sprechen der Berliner Gauvorsitzende des Reichsbanners, Reichstagsabgeordneter Stelling, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Künstler, der staatsparteiliche Abgeordnete Major a. D. Hauff und Redakteur Zimmermann (Zentrum) über das Thema „Her zur Eisernen Front!“ Unkostenbeitrag 20 Pf. Erwerbslosen steht der Eintritt gegen Ausweis einer republikanischen Organisation frei.



Jetzt zu ermäßigtem Preise.

Scala.

In der Scala ist wieder einmal das Ballett eingezogen. Eine unwahrscheinlich hübsche Miniaturkompanie mit vielen kleinen Personen...

Staatsbürgerlich-Politische Seminar an der Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit in Verbindung mit dem Deutschen Staatsbürgerinnenverband und der Deutschen Hochschule für Politik...

Allgemeine Wetterlage.



Auch am gestrigen Montag bestand in ganz Deutschland das milde und meist trockene Wetter fort. Nur im Nordwesten des Reiches kam es zu Regenfällen...

Wetteraussichten für Berlin. Start wolfig bis bedeckt, stellenweise neblig, tagsüber mild, keine wesentlichen Niederschläge, schwache Luftbewegung...

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- 2. Kreis. Der Rufus Schäder. „Der Weg zum sozialistischen Reich“ beginnt heute, Dienstag, 19. Januar, und findet im Lokal Dagebarn...

Morgen, Mittwoch, 20. Januar:

- 2. WM. Arbeitskreis junger Sozialdemokraten bei Pauli, Seebahnstr. 24. 8. WM. 15 Uhr Zusammenkunft der erwerbslosen Parteimitglieder bei Müller, Steinmühlstr. 24...

Donnerstag, 21. Januar:

- 12. Kreis. 16 Uhr Zusammenkunft der erwerbslosen Parteimitglieder. 13. Kreis. 1/2 Uhr Zusammenkunft der erwerbslosen Parteimitglieder im Bureau Tempelhof...

Freitag, 22. Januar:

- 78. WM. 20 Uhr Zusammenkunft der jüngeren Parteimitglieder bei Winkler, Weite Str. 23. 99a. WM. Freitag, 22. Januar, 19 1/2 Uhr, bei Heller, Kaiserin-Augusta-Allee 22...

Arbeiterbildungsschule.

- 14. Kreis. Kreisf. Seite, Dienstag, 19. Januar, 20 Uhr, Jugendheim Bredtstr. 29. Beginn des Rufus Schäder Vortrag: „Der Faschismus in Italien“...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Seminar im Rathaus Kreuzf. am Donnerstag, dem 21. Januar, 20 Uhr. Mitwirkende: Wilhelm Dieckhoff und Hugo Jense. Anfang 19 Uhr...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

3. WM. Am 17. Januar verstarb im 67. Lebensjahr unser treuer Parteigenosse Hermann Rube, Baill. 68. Seine letzte Ruhestätte wird am 21. Januar, 12 Uhr, auf dem Hahnenriedhof in Treptow...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin OS 68, Lindenstraße 2, vom 1. Trepp. rechts.

Heute, Dienstag, 19. Januar 19 1/2 Uhr:

Wohnungslos: Elisabethstr. 19. Bauhaus: Postallee und Schöler. Gewerkschaften: Köpenicker Str. 92. Das Rechte: Köpenicker Str. 100...

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“: 6. Jahrestagung: Berlin S. 14, Seebahnstr. 7-8, Hof 3. Kreis Siedel: Zur Rundschau am Dienstag, dem 19. Januar, 20 Uhr...

Advertisement for JOSETTI JUNO cigarettes. Features a bear logo with 'Was sagt der Bär? Berlin raucht Juno' and the slogan 'DIE EINZIG RICHTIGE JUNO'. Includes a pack of cigarettes and the text '6 STÜCK 20 &' and 'IHRER GÜTE WEGEN BERLINS MEISTGERAUCHTE CGARETTE %M.'

Gerhart Herrmann Mostar: Totenwache

Mit einem hastigen, dankbaren Streicheln schließt er das Rad in den Verschlag: Wenn ich dich nicht geholt hätte, gutes Pferdchen aus Gummi und Stahl, sie hätten jetzt mich — dann rast er, mit der letzten Kraft des gehetzten Niems, die engen, schmutzigen Treppen hinauf. Vor der Wohnungstür bleibt er eine ganze Weile stehen, so lange, bis er die verräterisch pfeifende Lunge zu ruhigem Einströmenlassen und Ausströmenlassen der Luft gezwungen hat, so lange, daß er das Loch im Stoff des oberen Kermels nordwärts glätten kann — dann klingelt er.

Mutter macht auf, das zerfalterte Gesicht lächelt. „Gott sei Dank, daß du da bist, wir haben schiefen gehört, dachten schon, du wärst dabei.“

„Unfinn!“ beruhigt er, und schiebt sich, weil er den dunklen Fiesl aus Tür rings um das Loch im linken Kermel noch nicht beseitigen konnte, mit der rechten Schulter zuerst durch die Tür. In der Stube sitzt die Schwester und blüht vom zerlesenen Roman auf: „Na...?“ Er weist seine verschmierten Hände vor: „Erst mal waschen!“ und geht in die Küche.

Gott sei Dank, Mutter bleibt drin und plättet, er hat reichlich Zeit, die Werktagssacke auszuziehen, unter Zähnezusammenschnellen das Hemd abzulösen, das an der Wunde klebt, die Wunde zu waschen, sie sieht nicht so böse aus, merkwürdigerweise kann er auch den Arm ganz gut bewegen, obwohl doch das Geschick drinsteden muß — welcher perfide Kerl hat ihm denn das bloß angetan, war ja nicht jetztzuleben bei dem Kummel — na, er hat das seinige getan, einer von der Gesellschaft ist weniger geworden, kann nichts schaden, müssen noch mehr dran, viel mehr...! Pfeifend geht er den blauen Anzug an, legt den Rest aus Tagen, in denen es Arbeit gab, Arbeit im hellen, sauberen Büro, Arbeit ohne Not und Mut und ohne Leidenschaft. Ob sie ihn schnappen werden? Kaum denkbar. Er ist ja bloß vorbeigefahren auf dem Rade, hastig genug, die Augen all derer, die nicht mittelten, waren auf die Gruppe gerichtet, die gegen den Zettelverteiler ankämpfte, in ihr waren auch Leute mit Revolvern; wer konnte gesehen haben, daß gerade er auf den Zettelverteiler geschossen hatte, blitzschnell, schon im Weltzerbrechen...? Nun lag der Revolver in einem Kellerloch der Nebenstraße, der Anzug mit dem durchlöchernten Kermel hing im Schrank — hätte ihn heimlich fast vom Rade gemorjen, der Einschlag der Kugel, die bestimmt nicht ihm gesogen hatte, die sich bestimmt verriet hätte; nun war es auch dunkel schon, und Mutter sparte am Licht, ihr und der Schwester würde gleichfalls nichts auffallen, nur eine Kusrede noch wegen des blauen Anzugs — erledigt der Fall, erledigt, und dann auf die Straße, ein harmloser Passant!

„Kamu“, sagt Mutter und tritt in der dunklen Stube ihrer kurzschichtigen Augen wegen dicht an ihm heran, „der gute Anzug?“ „Freiwillig bekommen fürs Kino!“ lügt er und muß lächeln über den neidischen Blick der Schwester. Nun freilich kann er ihr gleich eine Freude machen: „See, essen will ich nichts, keinen Hunger!“ Es fällt also auf sie, die Knoche, Ragere, von der schmalen Weltartoffelkuchen die doppelte Portion. Mutter ist ja somieso fast nichts... Na, wird besser werden, Mutterken, einer ist schon weg, werden bald alle erledigt sein, dann herrschen wir, dann gibts zu essen — er hat es gedacht, hätte es beinahe laut gesagt, verabschiedet sich schnell, in jäher Angst vor der eigenen Unvorsicht.

Die Straße, die abendliche Straße mit fahlen Laternen in trüb-mauren Licht, mit hastig hinstippelnden Frauen, die noch kurz vor Bodensticheln einlaufen wollen, mit hier und da schon herunterrollenden Schaulustnerinnen; alles wie sonst, merkwürdig eigentlich, dabei wurde doch zwei Straßen weiter vor einer Stunde geschossen, wurde zwei Straßen weiter vor einer Stunde einer erschossen, der kommt nun nicht mehr nach Hause — merkwürdig, überall ist es merkwürdig, nur in ihm nicht, in ihm ist es sehr leicht und selbstverständlich, auch stolz ist es in ihm; er hat eine Tat getan, nach zwei Jahren Nichtstun, für die nicht er konnte, sondern die anderen, die Hunde; er hat der Idee gedient, furchtlos und klug gedient, hat begonnen, aus dem Wege zu räumen, was ihr entgegenstand, der Idee!

Schön voraus, auf der anderen Straßenseite, steht er eine bekannte Gestalt: den Führer der Gegenpartei im Bezirk. Wieder hebt sich seine Stimmung: nun wird es den Verdacht noch mehr noch ihm absenken, daß er sich überwand und seit einem Monat bei denen drüben den Spiegel gespielt hat, offiziell ihr Mitglied ist — ist ihm nicht leicht gefallen zuerst, ist ihm eigentlich widerwärtig geschrieben bis zuletzt, aber da war die Idee, die große, heilige, der gedient werden mußte im Keinen und Schäßigen... Der Führer hat ihn gesehen, kommt auf ihn zu. „Ich wollte gerade zu dir rauskommen. Hast du morgen früh was vor?“

Er reibt sich die Hände, dabei fühlt er nun doch einen stechenden Druck im verwundeten Arm, soll er zu einem Arzt gehen? Unfinn, damit ihn der ans Messer liefert! „Eigentlich nicht“, antwortet er zögernd.

„So, das ist gut. Dann wollte ich dich bitten — sie haben uns den Bau Knittel erschaffen, die infame Bande, vorhin, er hat Zettel verteilt — na, werdens ihnen schon heimgehen. Du hast ihn ja nicht gekannt, war 'n potenter Kerl, treu wie Gold, Morgen früh nach der Sezierung soll er aufgebahrt werden, wir brauchen noch einen Mann für die erste Totenwache — willst du...?“

Verstutzt...! Er muß nein sagen. Das ist doch schließlich zu viel verlangt, daß er dabei stehen soll, stundenlang, dabei stehen und aushalten und heucheln...! Aber er darf nicht nein sagen, darf keinen Verdacht erregen...! Min, er weiß, was er getan hat, warum er es getan hat, er wird wohl noch einziehen können für seine Tat... „Bern“, hört er sich sagen.

Der andere verabschiedet sich rasch: „Also um sieben Uhr in der Halle, mach's gut so lange, mach noch ein paar andere benachrichtigen!“ Er ist weg.

Bau Knittel heißt er also, hat er gesehen — nein, er hat ihn nicht gekannt, Gott sei Dank, das ist noch das Beste dabei — wie's eigentlich? Was macht da den Unterschied? Wenn er ihn gekannt hätte — wäre seine Tat darum anders, schwerer, unverantwortlicher gewesen? Nein. Aber doch, ein familiäres Gefühl.

Er bildet hilflos in die Richtung, in der der Führer verschwand, sucht verzweifelt die bekannte Gestalt aus dem fremden Geympmel herauszufinden. Jetzt erst hat er, daß Zeitungserkäufer die Nachricht von der Schießerei ausbreiten, die Uberschriften sind je nach der Richtung der Zeitung gefärbt, alle sind wirksam, aber welche ist wahr? Hallig geht er in eine füllere Seitenstraße; heftig mahndend schmerzt der verwundete Arm.

Sie gehen geschlossen in die Halle, acht Mann, er ist der letzte. Sie schluttern kurz vor dem noch kranzlosen Sarg, dann stellen sie sich zu beiden Seiten auf. Als auch er schluttern, ist mit einem eine Erinnerung da, eine plötzliche, lächerliche Erinnerung aus Schütztagen: Siegfried ist tot, und an ihm bestillten vorbei die Feinde und Freunde, und als Hagen herantritt, blutet die Leiche... Seine Hand glitzert einen Augenblick lang an der Kugel, dann reißt er sich zusammen: hat Hagen gezittert? Nein, denn er stand für seine Tat, die er nicht um seines Vortells willen beging, sondern um seines Landes willen. Und er soll zittern?

Als er seinen Nag neben dem Sarge einnimmt, ist er äußerlich ganz ruhig, nur tief drin ist noch ein Nachzittern und ein leises Beben der Freude darüber, daß dieser Sarg geschlossen ist. Er weiß genau, daß dies ganze Empfinden kindisch ist, weiblich, aber er kann sich nicht recht wehren.

Ein brandig süßer Geruch schweift von den Kerzen her in den Raum; von den Kerzen, deren Flamme funkenlos dünn ist gegenüber dem Tag, der schmal und grau durch die hohen Fenster an den Sarg tritt. Ihn wird etwas über dem Geruch, er schneht sich nach dem Duft des ersten Kranzes oder nach mehr nach dem einer Zigarette; vielleicht rührt aber die Uebelkeit auch vom siedernden Arm her — gut ist nur, daß er den herunterhängen lassen kann, wie er so steht. Die ganze Nacht hindurch hat dieser Arm ihm nicht schlafen lassen, als er hieher ging, hat vor jedem Schilde eines Arztes sein Fuß gestockt, aber er ist weiter gegangen, und er hat den Arm unter unglücklichen Schmerzen bewegt, als sei er gesund.

Noch erscheint niemand am Sarge. Gespräche klackern unter den Wachenden auf, dürftig und verhalten wie die Kerzen. Sein Vornamen fragt ihn leise: „Haben sie schon was heraus gefragt?“

Er zuckt die Achseln. Nein, er wenigstens weiß nichts.

„Drei sind verhaftet“, berichtet ein anderer. „Die behaupten natürlich, sie wüßten von nichts. Ein Radfahrer habe geschossen, der vorüberfuhr. Raja, kenn man ja. Freige Bunde!“

Er fühlt sich unklar verpflichtet, die Verhafteten in Schutz zu nehmen. „Das kann man den Leuten doch nicht verübeln. Oder würdet ihr gleich gelassen, wenn auch so was passiert?“

„Na ja...“ Und dann ein deitler, ablehnend, stot: „Du kannst uns doch aber nicht mit denen vergleichen!“

Er kann es nicht lassen, er muß fragen: „Wieso nicht?“

„Na, wir wissen doch, warum wir etwas tun!“

„Und die anderen etwa nicht?“

„Bah...“

Er erschräkt vor diesem „Bah“. Er — er weiß doch, warum diese Tat getan wurde. Er, er weiß doch, daß sie nicht verachtet werden darf. Warum wissen es diese nicht? Warum erschließen sie mit einem „Bah“ all die Blut, all den Glauben, der bei denen drüben, der bei den Seinen ist, der in ihm war? Denken die hier etwa, sie hätten das, sie hätten Blut, Mut, Glauben? Die Affen: zu ihrem Tun lag man eben drüben: „Bah...“

„Wenn ich den zu fassen kriegte“, flüstert jetzt einer, und im Flüstern selbst zittert seine Stimme, „der, der den hier erschossen hat — dem würde ich's heimzahlen! Was hat er denn getan, der arme Kerl hier? Zettel verteilt für uns, sonst nichts...“

Und was, denkt es während, quälend in ihm, was haben denn die von unserer Seite auch getan, alle die, auf die ihr schon ein-

geschlagen habt und eingeschossen? Sie haben ihrer Idee gedient, sonst nichts. Wie ist das aber überhaupt, das mit Mensch und Idee? Ist es nicht recht und billig so, daß der Mensch, welcher der Idee dient, das Opfer auf sich nimmt, auch das Opfer des Lebens? Jawohl, so ist es, denn die Idee ist groß, aber der Mensch ist klein. Oh, er hat sich mit all dem beschäftigt, er hat ja Zeit dazu gehabt, Zeit in Hülle und Fülle in den zwei Jahren, die er nun arbeitslos ist. Er hat sie gut angewandt, er hat gelesen, studiert, diskutiert — sie sind selbst schuld, die ihn arbeitslos gemacht haben, daß er das nun so gut gegen sie verwenden kann. Sollen erst selbst mal arbeitslos sein...!

„Gerade“, berichtet da jemand, „gerade hatte der arme Knittel wieder Arbeit bekommen, nun muß er weg, auf diese Art... Gemeinheit...“

Verstutzt! Mühe das genau jetzt gesagt worden, als Antwort auf seine Gedanken?! Der war also auch arbeitslos, von denen hier sind es sicher auch welche. Wie sonderbar, daß er darüber noch nie nachgedacht hat. Was hat er sich eigentlich vorgestellt, was diese anderen für welche wären, was diese andere für einer gewesen ist? Gar nichts hat er sich vorgestellt, er muß es sich eingestehen, Feinde sind sie gewesen, Zerstörer, Vernichter, im gütigsten Moment hat er Beritte in ihnen gesehen; dasselbe seichte, leere „Bah“ hat er für sie gehabt, das sie für seinesgleichen haben. Das ist nun mal so, das darf nun mal nicht anders sein, die Idee darf keine Sentimentalität träben, der Kampf der Ideen muß ausgetragen werden, müssen sie unfeinlich rechts und links und tot sein, es geht um mehr...!

„Bah man“, meint einer, und der Grimm schwingt in seiner Stimme in einem sonderbaren Einklang mit dem Glauben, „umsonst ist er nicht gefallen, der arme Kerl. Wir werden Nachwuchs kriegen, paßt auf, diese werden helfen... denn so kann das doch nicht weiter gehn...“

Sie schütteln alle langsam und gleichmäßig und wortlos die Köpfe; nein, so kann es nicht weiter gehn.

Und er hat den Kopf geschüttelt, obwohl in ihm wieder ein Erschrecken war; sollte der da recht haben, sollte es das sein, was er bewirkt hat: daß ihrer noch mehr werden, daß sie noch stärker werden? Egal: man wird sie eben unschädlich machen müssen, gleichgültig, wie viel, wenn man nur erst die Macht hat — denn so, so geht es eben nicht weiter, so nicht...!

Nun öffnet sich geräuschlos die schwere Tür nach draußen. Nun werden die ersten Kränze gebracht. Sie kommen mit Angestalteten einer Gärtnerei, die auch Bäumchen in Töpfen um den Sarg aufstellen. Er hat sich bisher nach dem Geruch des Laubs und der Blumen geföhnt, aber nun ist auch der faß, schmil, süßlich, süßig. Zugleich verberitert sich der Schmerz im Arm in die Schulter hinein, und das Fieber erhebt sich wie ein pridelnder Strom und springt heiß auf in seine Seiten. Wie lange wird er noch so stehen können, wann ist die erste Nacht zu Ende, was soll werden, wenn er nicht aushält...? (Schluß folgt.)

Ivan Heilbut: Das Mikrophon als Erzieher

Was tut der Alpenkönig in Raimunds Märchenspiel vom Menschenfeind, um Kappelpopf zur Erkenntnis seiner selbst zu bringen? Er zeigt ihm seine Unausstehlichkeit, und zwar so überzeugend deutlich, daß dem armen Kappelpopf anfänglich als Uebertreibung erscheint, was in Wirklichkeit kein in aller Schärfe erfasstes Wesen ist. Ein sehr menschliches Sträuben macht Kappelpopf blind gegen die Wehlichkeit, die ihm sein Doppelgänger vor Augen führt — aber konsequent und beharrlich hämmert die Wahrheit auf ihn ein, das Gemissen kann die Identität des Ichs mit den demonstrieren Abscheulichkeiten schon bald nicht mehr leugnen. — Und die Folge?

„Dassmal ein Menschenfeind und in meinem Leben nimmer mehr.“ Und: „Ainder, ich bin ein pensonierter Menschenfeind.“

Ebenfalls charakterverdeutschende und erzieherische Eigenschaft wie der Geisterkönig — besitzt und übt praktisch aus: unser Mikrophon. Von dieser richtigen Anschauung aus gehen einige richtige Beschreiber des Mikrophons so weit, daß sie behaupten, das Mikrophon mache laut und deutlich, was das bloße Ohr nicht einmal erkennen könne. Das ist eine Uebertreibung. Auch das unbestimmte Ohr vermag — wenn es nur eben begabt dazu ist — die Eigenschaften des Sprechers zu erkennen, die in der Vergrößerung und in der Verstärkung des elektrischen Stroms für alle Welt hörbar werden. Das Mikrophon ist ein mechanischer Psychologe, geradezu ein Roboter — das stimmt; für den Psychologen von Natur aus... besitzt es den Wert der Kontrolle. Ueberdies schärft es noch seine Aufmerksamkeit im allgemeinen. Wer einige Male Vorträgen übers Mikrophon scharf zugehört hat, wird die gesteigerte Wirkung durch den Verstärker nicht mehr empfinden; und er wird gewonnen haben, daß ihm die Stimmen des Alltags — in seiner Umgebung und überall — durchsichtig, psychologisch klar wie unter der Lupe erscheinen... soll heißen: wie aus dem Mikrophon erklingen.

Seitdem das Radio zu unserem Tage gehört, ist eine bis hieher kaum gepflegte Übung des Hörens Notwendigkeit für uns geworden. Wenn die gute Artikulation der Gebirgsdialekt und die schlechtere der Seeschwärmer aus ihrer Landschaft erklärt worden ist, so dürfte konsequent gefolgert werden daß die Zeit des erwachenden Radios der Menschheit ein verbessertes Ohr erschaffen muß. Wir sind vor die Notwendigkeit gestellt, gute Hörer zu werden, wofür wir von den Darbietungen des Rundfunks in Wirklichkeit etwas haben wollen. Vor unserem Lautsprecher finden wir uns nicht mehr als funktionslos, sondern als einfünnig begabte Menschen. Das Gebot, das sich hieraus ergibt, betrifft freilich zuerst die Geistes der Rundfunkdarbietung selbst; aber unauflösbar entwickelt sich das Ohr zu einem Einbringling in die übrigen Sinnesgebiete, vornehmlich ins optische. Das Ohr lernt sehen! Waren wir bisher Augenmenschen, so besteht fortan die Möglichkeit, daß wir uns zumeist in gleichem Maße zu Ohrenmenschen entwickeln.

Das Mikrophon, zugleich der Mund und das Ohr der Menschheit, erzieht den Sprecher zu geistiger Reinlichkeit, zu geistiger Selektion. Auf welche Stufe der Sprecher in seiner Entwicklung gelangt ist, zeigt sich in der Sorgfalt und Umsicht, womit er die Situationen gestaltet, Stimmungen verdeckelt, Begriffe deutet und liest, kurz; in seiner Diction, seinem Stil. Sauberkeit im Denken und in jeder Äußerung, diese wichtige Forderung des Mikrophons — in Wahrheit stellt sie das Leben selbst. Aber mächtig die Vernachlässigung dieser Notwendigkeit im Alltag zu einer verfluchten, unglückbringenden Konvention geworden ist, wird sie vom Rundfunkhörer, als eine Katastrophe empfunden, denn vom Mikrophon verlangt er unbedingte Eindeutigkeit, Klarheit. Wollten alle Menschen doch in jedem Augenblick unter der Verantwortung sprechen und handeln, als ständen sie vor jenem kleinen weisgrauen Marmorblock, dem „vertrauten und immer noch unheimlichen Fremdkörper in dieser Welt“.

Was erfordert das Mikrophon vor allem? Die Praktiker stimmen hierin überein: die Persönlichkeit. Die Unentschiedenen, Bauen, spelt es aus. Unpersönlichkeit erzeugt Langeweile — ein Diktum zu glauben, daß es nur norm Mikrophon so wäre! Ueberall verhält sich's so — aber wir haben uns an die heilige Langeweile

aus gesellschaftlichen und anderen Rücksichten nun einmal gewöhnt. Nicht nur der Mangel an Persönlichkeit — auch jeder Sprung, jeder Riß im Charakter des Sprechers verrät sich unerbittlich auch dem Ohr des Laien, das am Lautsprecher horcht. Was sich aber für den Hörer als Verärgerung auswirkt („Grämt dich ein Sprecher, schalt ihn aus!“), stellt an den Sprecher die Forderung zur strengen Selbstkontrolle — die ihm durch die Reproduktion seiner Stimme über die Schallplatte ermöglicht ist — Selbstkenntnis! Ein Gewissen vorausgesetzt, muß die Bekanntheit mit dem Mikrophon ohne Gardon in die tiefste innere Verwirrung stürzen, die zur Geburt der Persönlichkeit aus den Trümmern der Pseudopersonlichkeit führen kann.

Das Mikrophon, das die Forderungen im menschlichen Umgang auf die Höhe des Prinzips erhebt, verlangt ferner vom Sprecher, daß er klanglich angenehm sei. Da die bewußte Umstellung vom klanglich Unangenehmen zum klanglich Angenehmen — dem Mikrophon zu Liebe — auf die Dauer ihre Schwierigkeiten haben dürfte, so wird es sich empfehlen, stets klanglich angenehm — noch einfacher: überhaupt angenehm zu sein.

Das Mikrophon haßt die Extreme, den sprunghaften Wechsel — es will mittlere ruhige Linie —, den goldenen Weg zwischen laut und leise, langsam und schnell; es verlangt Harmonie. Das Mikrophon kann nichts schlechter vertragen als die Waise, die Gewolltheit, die innere Unwahrscheinlichkeit (worunter jedoch weder das echte Pathos noch das echte Sentiment zu zählen sind); das Mikrophon verdeutlicht, beleuchtet, entlarvt die Heuchler. Wenn sie es verstehen sollten, sich für eine Zeitlang als Sprecher am Ohr der Welt zu halten, so trägt die Schuld daran — nicht das Mikrophon, sondern das unsicher gewordene Urteil, die unechte Empfindung, die mangelhafte Psychologie des betreffenden Publikums. Das Mikrophon erfordert den Menschen, den Menschen in seiner Totalität — der den Komponenten wie den wichtigsten Begriff mit gleich peinlicher Liebe spricht und gestaltet.

Aber all die genannten Forderungen an unsere Persönlichkeit stellt — wie gesagt — das Leben selber in jeder Sekunde und in jeder Phase, nur nicht mit jener gesteigerten Eindringlichkeit. Das Mikrophon mit seinem mächtigem scharfen Ohr und seiner alles verdeutlichenden Jungs kann uns für unsere gerade Haltung im Leben ein Lehrer und Erzieher sein.

Wie England zum „perfiden Albion“ wurde. Am 14. Januar waren 74 Jahre seit dem Tage vergangen, an dem Orlini in Paris sein Bombenattentat auf den Kaiser Napoleon III. ausführte, der in Begleitung seiner Gemahlin nach der Oper iilt. Das Kaiserpaar blieb unversehrt, dagegen wurden aus der umhüllenden Menge durch die Bombensplitter zehn Personen getötet und hundertfünfzig verwundet. Orlini, der Haupturheber des Attentats, an dem eine Anzahl italienischer Flüchtlinge beteiligt waren, wurde festgenommen und hingerichtet. Der Anschlag war in England angezettelt und vorbereitet, und die zu dem Attentat benutzten Bomben waren in Birmingham hergestellt worden. Die öffentliche Meinung in Frankreich war in heller Empörung und man beschuldigte England, es mißbrauche sein Vorkrecht, um Nordbuben einen Unterschlupf zu gewähren. In Paris war deshalb das Wort vom „perfiden Albion“ in aller Munde. In den Glückwunschsadressen, welche die französischen Regimenter an den Kaiser wegen seiner Errettung aus der Gefahr richteten, wurde sogar die förmliche Bitte laut, daß es der französischen Armes erlaubt werden möge, London, dieses „Räuberneil“, zu zerstören. Das englische Parlament weigerte sich trotz diesen chauvinistischen Kundgebungen, der Forderung nach strafbarer Fassung des Vorkrechts nachzukommen. Die Regierung fiel. Einer der Verschwörer, der zweifellos mitschuldig war, wurde aber von einem englischen Schwurgericht freigesprochen. Nur um Haarsbreite wurde damals ein Krieg zwischen England und Frankreich vermieden.

Wohl bekomms! Ein beliebtes Getränk der Tibeter ist ein Aufguss von Jiggeltee — in Siegfelgform gepreßter Teeslaub —, der, statt mit Rum und Zucker, mit Hammelfett gewürzt wird.

Knapphabeten. In Süditalien beträgt die Zahl der Knapphabeten etwa 65 Prozent, ebensoviel in Spanien, in Portugal 80 Prozent.

„Eine Mahnung für andere.“

Wie die faschistische Diktatur und der Kampf gegen die Gewerkschaften in Italien zur Entthronung des Privatkapitals führten.

Die Nationalsozialistische Partei Deutschlands wird von deutschen Unternehmern finanziert in der Hoffnung, die Aufrichtung des Faschismus wie in Italien werde alle Verstaatlichungs- und Sozialisierungstendenzen in Deutschland, die man als marxisches Menschenwerk, nicht als notwendige Entwicklung ansieht, befrüchten. Die Nationalsozialistische Partei Deutschlands läßt sich von den Generalstäben Mussolinis beraten; die deutschen Unternehmer sehen darin eine Garantie für den Sieg des faschistischen Systems in Deutschland. Die deutschen Unternehmer, die ihre ganze Hoffnung auf die Verbindung Mussolini-Hitler setzen und ihre Millionen und Millionen opfern, stehen vor einer grausamen Enttäuschung: die wirtschaftlichen Gesetze waren stärker als die brutale Gewaltpolitik der faschistischen Diktatoren. Die gewaltigen Kosten für die politische, wirtschaftliche und politische Aufrüstung Italiens haben die italienische Privatwirtschaft und die italienischen Staatsfinanzen zugleich ruiniert, obwohl Italien Reparationen von Deutschland empfing, und Mussolini war genötigt, entgegen der von ihm selbst im Staatsgrundgesetz (Carla del Lavoro) proklamierten grundsätzlichen Freiheit der Wirtschaft, auf weiten Gebieten die Verstaatlichung von Banken und Wirtschaft durchzuführen.

Die Ereignisse haben sich in der letzten Zeit überschleunigt. Noch am 15. November 1930 ließ sich das deutsche Bankkapital im „Bankarchiv“ von Bianchi, dem Präsidenten der allgemeinen faschistischen Bankvereinsung in Italien versichern, daß „weder die faschistische Regierung noch autorisierte öffentliche Organe“ jemals eine Tendenz der Verstaatlichung gewollt haben, und daß die Anwendung der Grundzüge der „Carla del Lavoro“ eine solche Möglichkeit ausschloß. Seitdem ist, infolge der faschistischen Gewalt-, Renommage- und Verschwendungspolitik und um den endgültigen Bankrott der Privatwirtschaft und damit auch des faschistischen Systems zu verhüten, der größte Teil der italienischen Industriefabrikate, die gesamte Ueberseeschiffahrt, unter Staatskontrolle genommen und der Einfluß des Bankkapitals auf die Industrie praktisch beseitigt worden. Sehr betroffen und bedrückt hat die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vor kurzer Zeit über diese Entwicklung geschrieben: „Große Teile der italienischen Privatwirtschaft werden diesen Weg sicher nicht als ideal ansehen. Sie werden wohl auch kaum geglaubt haben, daß ihre bisherige Politik dieses Ergebnis haben mußte. Eine Mahnung für andere.“

Der Kampf gegen den Marxismus hat in Italien mit dem Ruin der privaten Wirtschaft und dem Zwang zur Verstaatlichung geendet. Wir geben im folgenden unserem Spezialbearbeiter das Wort zur Charakterisierung dieser Entwicklungstendenzen.

In dem bald zehnjährigen Kampf Mussolinis gegen den Marxismus blieb zunächst der italienische Arbeiter auf der Strecke. Sein Reallohn erreicht heute nicht die Hälfte des jugoslawischen und polnischen Arbeiters. Wie die ständig gestiegenen Konsumpreisen der ganzen Jahre beweisen, ging es den Unternehmern trotz der niedrig gehaltenen Löhne und trotz der Streikverbote nicht besser und besser, sondern schlechter und schlechter. Die Last der Steuern, die zu einem großen Teile für Rüstungszwecke, für die Unterhaltung der faschistischen Witz und zur Subventionierung der „nationalen Industrie“ gebroccht werden, ist drückender als jemals zuvor.

Trotz der vielgerühmten „Straßen“ faschistischen Finanzpolitik gelang es nicht, die Staatsfinanzen in Ordnung zu halten. Im Gegenteil: die (erkennbare) innere Staatschuld wuchs seit dem Jahre 1927 (Jahre der Währungsstabilisierung, das wieder Bergelände zuläßt) von 83 Milliarden Lire auf rund 92 Milliarden Lire am 30. November 1931. Sie ist seitdem rasch weiter gestiegen. Die Zunahme hat zum allergrößten Teile die gefährliche Form der kurzfristigen Verschuldung. Diese sogenannte „schwebende Schuld“, die vorher hauptsächlich durch die zwangsweise Umwandlung der kurzfristigen Schatzscheine in die Viktoriananleihe auf 1,6 Milliarden Lire (1928) herabgedrückt worden war, ist seitdem wieder auf die Summe von 5,6 Milliarden Lire angewachsen. Allein im letzten Staatjahre (30. Juni 1930 bis 30. Juni 1931) betrug die Zunahme 3,2 Milliarden Lire.

Nicht besser sieht es um die Verfassung des Staatsschatzes aus. Hier machte das Defizit im Staatjahre 1927/28 rund 1,5 Milliarden Lire aus; es ist bis zum Juni 1930 auf 5,3 Milliarden Lire gestiegen.

Alle diese Ziffern sind amtlich, sie stellen also bestimmt die niedrigsten Ziffern der italienischen Finanzkatastrophen dar. Nicht enthalten in dieser Statistik sind die außerordentlich hohen Verpflichtungen, die der italienische Staat durch Beteiligungen und Garantien bei halbamtlichen und privaten Instituten übernommen hat. Ebenso erscheinen auch die Milliardenverluste, die gerade im letzten Krisenjahre aus diesen Geschäften entspringen mußten, nicht in der Staatsbilanz.

Der katastrophale Zustand der italienischen Finanzen läßt es begreiflich erscheinen, daß man den offensichtlichen Mißerfolg der faschistischen Finanzpolitik so gut es geht verschleierte. Trotzdem läßt sich von Zeit zu Zeit das Dunkel, das über diesem Zweck diktatorischer Regierungspolitik ausgebreitet liegt, und was da bloßgelegt wird, ist ein mehr als mocher finanzieller Unterhalt des Gewaltregimes, das entgegen seinem fast veränderten Grundgesetz: gesunde Wirtschaft in einem gesunden Staate.

Die Wirtschaft mehr und mehr zerrütelt hat.

Heute muß zur Erklärung dieser Mißerfolge die allgemeine Weltwirtschaftskrise herhalten, der sich auch Italien nicht habe entziehen können. Aber die italienische Wirtschaft lebt schon seit 1922 — im Gegensatz zu den meisten Ländern der Welt und abgesehen von einer schwachen Inflationskonjunktur — ununterbrochen in dauernder Depression. 1927/28 war ein Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise. Auch da blieb die italienische Wirtschaft lebensunfähig, es ging ihr schlecht, der Staat war allenfalls zu Stützungen gezwungen.

Die Entwicklung verlief einfach zwangsläufig: die Einflußnahme auf die Rüstungs- und Schiffahrtsindustrie erfolgte nach aus freiem Entschluß im Interesse der faschistischen Machtpolitik. Die Mittel aber, die man mit Hilfe der Steuerfahrgabe den übrigen Gliedern des Wirtschaftskörpers

entzog, um die „nationale“ Verteidigungsindustrie“ hochzupöppeln, bezweckten nur eine Ueberentwicklung dieser Industriezweige, besonders der unrentablen Schiffahrtsindustrie auf Kosten einer fortschreitenden Unterernährung der übrigen Industrien. Bald sah sich der Staat auch hier zu offenen und verhängten Subventionen gezwungen, bis endlich mit dem

Zusammenbruch des italienischen Bankensystems.

das in weitestem Maße den Staatszielen dienlich gemacht war, der Staat die von den Banken beherrschte Wirtschaft zur Verhinderung des offenen Einsturzes des ganzen Wirtschaftssystems in seine Hand nehmen und entgegen allen Verfassungsgrundlagen zum Staatskapitalismus übergehen mußte.

Die italienischen Banken, die unter Ermunterung durch die Regierung Mussolinis eine überhörsnelle Expansion bevorzugter Industriezweige kurzfristig mit dem Gelde ihrer Einleger finanziert hatten, erlitten im vergangenen Jahre durch eine Kette von Krisenzusammenbrüchen in der Industrie schwere Verluste.

Schon im Februar vorigen Jahres geriet die zweitgrößte Bank Italiens, der „Credito Italiano“ in erste Schwierigkeiten, die aber durch staatlichen Eingriff und durch die Gründung eines besonderen Finanzinstituts zur Aufnahme der faulen Schulden, nämlich der „Società Finanziaria Italiana“, noch geschickt vertuscht wurden. Immerhin hatten damals die Kontoinhaber soweit Bunte gerochen, daß sie in weniger als einem Monat über 300 Millionen Lire ihrer Guthaben zurückzogen. Es ist nie möglich gewesen zu erfahren, wie viele Hunderte von Millionen der Staat zur Stützung dieser Bank in bar und in Garantien aufgebracht hat.

Im November vorigen Jahres brachten einige Riesenbankrotte der italienischen Industrie (u. a. Italgas-Gruppe Turin mit fast einer halben Milliarde Lire, Qualino-Gruppe mit fast einer Milliarde Lire) die größte italienische Aktienbank, die „Banca Commerciale“, in vernichtende Schwierigkeiten. Die Folgen wären von der italienischen Industrie, die fast vollständig von den Krediten dieses Instituts abhängig ist, schwer überstanden worden. Um den allgemeinen Wirtschaftszusammenbruch aufzuhalten, mußte der Staat unter Einlag ungewöhnlich hoher Mittel einspringen. Durch die Vermittlung eines halbstaatlichen Instituts, des „Istituto di Liquidazione“, wurden zunächst 1200 Millionen Lire zur Verfügung gestellt. Der Betrag reichte jedoch nicht aus, um die Bank einigermaßen wieder flott zu machen. Schätzte man doch allein die Summe des unverkäuflichen industriellen Aktienbesitzes der „Banca Commerciale“ auf über 4 Milliarden Lire.

Rotgedrungen mußte sich der Staat dann dazu entschließen, den

gesamten Besitz der „Banca Commerciale“ an Industrieaktien durch ein eigens zu diesem Zweck gegründetes halbstaatliches Kreditinstitut, das „Consorzio Finanziario Industriale“, zu übernehmen. Dieses Institut wurde mit einem Anfangskapital von einer halben Milliarde Lire ausgestattet. Geldgeber ist in erster Linie wiederum der Staat, und zwar durch halbamtliche Institute. 250 Millionen Lire mußten zunächst einmal von der „Depositen- und Darlehnskasse“ gezeichnet werden. Diese Kasse aber lebt von den Postsparkassen.

Letzten Endes also von den Spargeldern der kleinen Leute.

So ergibt sich der Zustand, daß die Spargroschen der kleinen Einleger dazu verwendet werden, um Industrieunternehmungen zu honieren und zu finanzieren — entgegen der gesetzlichen Vorschrift, die als Hauptzweck der „Depositen- und Darlehnskasse“ festgelegt hatte, daß ihre Einlagen für Gemeinden und politische Anleihen, fernab von jeder Spekulation, zu verwenden seien.

Das neue Kreditinstitut ist der direkten Kontrolle des Finanzministeriums unterstellt; das Industriekapital untersteht der direkten Abhängigkeit vom Staat, zumal keine andere Bank von Bedeutung künftig mehr Industrien finanzieren kann.

Das Schicksal des Privatkapitals in Italien hat sich erfüllt, obwohl die Gewerkschaften zerstückelt, die Arbeiterchaft verelendet und verknecet wurde. Italien war durch keine „Schmach von Versailles an seiner Entwicklung gehindert und hatte keine Tribute zu zahlen.“ Italiens Wirtschaft wurde nicht durch die Kündigung und Rückzahlung von Milliarden kurzfristiger Kredite ausgeblutet wie Deutschland während der Wirtschaftskrise. Und Italiens Staatskapitalismus ist nicht Ausdruck einer natürlichen und organischen Entwicklung, daß im kapitalistischen System notwendig einmal der Tag kommt, wo die Gesellschaft die Geschichte der Wirtschaft in die Hand nehmen muß, weil die wirtschaftlichen Größenanwände und die wirtschaftliche Verantwortung von einzelnen Vermögensbesitzern nicht mehr getragen werden können — sondern die einfache Folge des diktatorischen Prinzipis, das immer leuzer sein muß, als das der Freiheit und Selbstregierung der Völker. Und schließlich: Zu dieser Entwicklung ist es gegen den Willen der Regierenden und gegen alle Garantien der faschistischen Verfassung gekommen, auf die das italienische Privatkapital sich in seinem Kampf gegen die Arbeiterchaft verlassen hatte. Wahrlich, die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ hat recht: „Eine Mahnung für andere.“

Englands Krisenbilanz.

Stärkste Umsatzzshumpfung im britischen Außenhandel.

Im Jahre der Pfundentwertung ergibt, wie wir bereits kurz berichteten, die englische Handelsbilanz für 1931 eine Passivität (Einfuhrüberschuß) von rund 499 gegen 389 Millionen Pfund im Vorjahre und 382 Millionen Pfund im Jahre 1929. Wie ungünstig sich Englands Außenhandel im Jahre 1931 entwickelt hat, geht daraus hervor, daß die Ausfuhr gegen 1930 um rund 32 Proz. und gegen 1929 sogar um 48 Proz. gesunken ist, während die Einfuhr gegenüber dem Vorjahre nur um 17,3 Proz. und gegen 1929 nur um 29 Proz. zurückging. Der konjunkturempfindlichste Export Englands, die Ausfuhr von Fertigfabrikaten, ist trotz ihrer starken Verringerung bis 1929 in den letzten beiden Jahren noch weiter um die Hälfte gesunken. Speziell bei dem englischen Export spielen aber auch haben den rein wirtschaftlichen Ursachen politische Momente, wie der Warenkontroll in Britisch-Indien, mit hinein. Wie stark sich dieser Boykott auswirkt, geht aus der weiteren Halbierung der britischen Baumwollwarenausfuhr nach Britisch-Indien im letzten Jahr hervor, während der gesamte Export an diesen Fabrikaten nur um 35 Proz. zurückging. Bei einem Exportvolumen von 56 Millionen Pfund Sterling ist die Ausfuhr von Baumwollfabrikaten, von der mehrere hunderttausend im englischen Baumwollzentrum Lancashire leben, gegen 1929 um reichlich 60 Proz. zusammengeschrumpft. Schlimm sieht es auch um die Ausfuhr der Eisen- und Stahlindustrie, die auf 30 Millionen Pfund, d. i. um etwa 42 Proz., gefallen ist.

Die Erwartungen, die man in England an die Entwertung des Pfundes geknüpft hat, haben sich bis zum Jahresende weder auf der Export- noch Importseite erfüllt. Daß die englische Einfuhr sich in der Folgezeit im englischen Sinne günstig entwickeln, d. h. zurückgehen wird, liegt auf der Hand. Die Gründe hierzu sind aber nicht so sehr in der Entwertung des Pfundes, als vielmehr in der rigorosen Schutzpolitik seit dem November zu suchen. Eine Entlastung der Handelsbilanz von der Einfuhrseite ist jedoch nur eine künstliche, während die natürliche Entlastung durch eine Steigerung des Exports auch im laufenden Jahr für England kaum zu prophezeien ist.

Wie sich das Pfund entwickeln wird, weiß kein Mensch; aber so viel ist sicher, daß die Exportprämie bei der Pfundentwertung, wenn überhaupt, am stärksten in den ersten Monaten in Erscheinung treten mußte. Das Rückrüden der Kosten und Preise in England muß ganz zwangsläufig bei Anhalten des gegenwärtigen Währungsstandes die Exportprämie anzuhören. Im Laufe dieses Jahres noch wird es sich zeigen, ob die Ueber von der Goldwährung in der Tat wirtschaftliche Vorteile für England schaffen konnte oder ob die Situation in England dadurch nicht noch zu einer schweren Sonderkrise gedrängt wird.

Die Reichsbank am 15. Januar.

Starke Kreditentlastung. — Vorläufig noch Devisenverluste.

Der Wochenanweis der Reichsbank zum 15. Januar zeigt für die zweite Januarwoche weitere starke Kreditrückzahlungen an die Reichsbank.

Die Wechselbestände sind um 266,5 auf 3587,6 Mill. zurückgegangen. Wie gewöhnlich zur Monatsmitte haben die Lombarddarlehen — wenn auch wenig — zugenommen; sie sind um 9,5 auf 108,5 Mill. Mark gestiegen. Auf dem Konto der

ausländischen Girogelder erfolgte eine Rückzahlung von 32,9 Mill. Mark. Der Rotenumsauf hat sich weiter verringert, und zwar um 194,0 auf 4381,6 Mill. Mark. Zins- und Tilgungszahlungen für ausländische Schulden haben wieder zusätzliche Devisen geliefert. Zu ihrer Abdeckung hat die Reichsbank für 12,8 Mill. Mark Gold verkauft, so daß sich die Goldbestände auf 966,2 Mill. Mark verringerten. Die Bestände an Devisenscheinen sind um 7,4 auf 154,8 Mill. zurückgegangen. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen hat sich trotzdem noch auf 25,6 gegen 24,9 Proz. in der Vorwoche verbessert.

Betriebsabbau bei Bergmann.

Osram und Pintsch übernehmen Glühlampenfabrik.

Die Bergmann-Elektrizitätswerke L.-G., bei der man für das Geschäftsjahr 1931 größere Verluste erwartet, haben jetzt ihre Glühlampenfabrik gemeinsam an Osram und Pintsch verkauft.

Wie die Verwaltung hierzu mitteilt, soll das Bergmann-Werk in den Glühlampenbetrieben von Osram und Pintsch aufgehen, wobei im Interesse der Bergmann-Belegschaft festgelegt ist, daß bei etwaigen Entlassungen infolge der Verschmelzung der Abbau nur zu gleichen Teilen bei den drei Werken erfolgen darf. Als Entgelt für das Glühlampenwerk erhält Bergmann eine Beteiligung bei Osram und außerdem einen größeren Barbetrag, der die angefallenen Finanzverhältnisse bei Bergmann wesentlich verbessern wird. Die Höhe dieses Betrages ist noch nicht bekannt, jedoch dürfte er einige Millionen Mark erreichen. Die Betriebsorganisation von Glühlampen wird Bergmann aufrechterhalten und hat hierfür ein Sonderabkommen mit Osram und Pintsch getroffen.

Das Dunkel um die Schultheiß-Bilanz.

Die Schulden bei der Finanzabteilung Nordhese.

Bei der Bereinigung der Schultheiß-Bilanz, deren Veröffentlichung sich übermäßig lange hinauszögert, machen die Schulden der Finanzabteilung der Norddeutschen Hefeindustrie besonders Schwierigkeiten. Diese Finanzabteilung, die zu den Ostwerken gehört, büdelt die Finanzzentrale dieses Konzerns.

In dem Bericht der Prüfungskommission hieß es nun, daß die Omerkte für die Verpflichtungen der Finanzabteilung Nordhese die Haftung übernehmen hätten. Die Öffentlichkeit erfuhr auf diesem Wege überhaupt erst etwas von der Existenz dieser bisher im Dunkel gehaltenen Finanzabteilung. Die Bürgschaftsverpflichtungen der Omerkte für die Finanzabteilung Nordhese werden auf etwa 30 Millionen Mark beziffert, für die sowohl jeder Hinweis in dem bekannten Börsenprospekt wie auch in der Omerkte-Bilanz fehlte. Hierdurch wurde, wie schon in dem Falle „Rutria“, das Bild von der Finanzlage des Omerkte-Konzerns gefälscht. Da bei der Verschmelzung der Omerkte mit Schultheiß diese Finanzabteilung Nordhese gleichfalls in den Besitz von Schultheiß gekommen ist, so müssen die Verpflichtungen dieser Finanzabteilung natürlich die Bilanz entsprechend belasten.

Nahe Winterfrst schadet der Haut nicht, wenn Sie zur Pflege die herliche Creme Leador nehmen, ein vorzügliches Mittel gegen Rote der Haut. Rote Padung fettfrei - Blaue Padung fettig. Unter-Vorkriegspreise.

